REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für Finanzen und Haushalt;

Nach Beratung,

Beschließt: 78.166/3

Der Ministerpräsident, zuständig für Finanzen und Haushalt, wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 13. NOVEMBER 2023 ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGSBEHÖRDEN IM BEREICH DER BESTEUERUNG

INHALTSANGABE

Bei dem Dekretentwurf handelt es sich um eine Maßnahme zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2226 des Rates vom 17. Oktober 2023 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	7
Umsetzungstabellen	29

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Das vorliegende Dekret dient der Umsetzung der *Richtlinie (EU) 2023/2226 des Rates vom 17. Oktober 2023 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung*, die bis zum 31. Dezember 2025 umzusetzen ist.

Die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergibt sich aus Artikel 170 §2 der Verfassung. Diese Bestimmung lautet:

„§ 2 - Eine Steuer zugunsten der Gemeinschaft oder der Region darf nur durch ein Dekret oder durch eine in Artikel 134 erwähnte Regel eingeführt werden.

Hinsichtlich der in Absatz 1 erwähnten Besteuerungen bestimmt das Gesetz die Ausnahmen, deren Notwendigkeit erwiesen ist.“

Allerdings bleiben die in der Richtlinie vorgesehenen Melde- und Sorgfaltsvorschriften für Informationen über Finanzkonten als Unterbegriff der Regelung von Finanzinstituten eine föderale Kompetenz. Dies ergibt sich aus Artikel 6 VI Absatz 5 Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen.

Ziel der neuen Abänderung der Richtlinie 2011/16/EU ist es u.a.:

- den Anwendungsbereich der Richtlinie 2011/16/EU zu erweitern, um zusätzliche Arten von Vermögenswerten und Einkünften, wie Kryptowerte, abzudecken, basierend auf dem Bericht vom Rechnungshof vom 26. Januar 2021;
- die Vorschriften über die Meldung und den Informationsaustausch auf Kryptowerte und ihre Nutzer auszuweiten. Die meisten Kryptowerte waren in der Tat bisher nach der Richtlinie 2011/16/EU nicht zu melden, da sie weder Geld auf Einlagenkonten noch in einem Finanzvermögen darstellen. Darüber hinaus fallen Anbieter von Krypto-Dienstleistungen sowie Kryptowert-Betreiber in den meisten Fällen nicht unter die bisherige Definition des Begriffs Finanzinstitut nach der Richtlinie 2011/16/EU.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Bei diesem Artikel handelt es sich um die sogenannte „Europaklausel“, die auf die abgeänderte Richtlinie 2023/2226/EU hinweist, die durch das vorliegende Dekret umgesetzt wird. Sie setzt insbesondere Artikel 2 (1) der Richtlinie 2023/2226/EU um.

Artikel 2

Entsprechend Artikel 2 (1) der Richtlinie 2023/2226/EU wurde in Artikel 1 des Dekrets vom 13. November 2023 den Verweis auf die Richtlinie 2023/2226/EU eingefügt.

Artikel 3

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 1 (1) der Richtlinie 2023/2226/EU. Dabei wird der Begriff „grenzüberschreitender Vorbescheid“ präzisiert und die Begrifflichkeiten „Dividenden von Unternehmen“, „Lebensversicherungsprodukte“, „Distributed Ledger-Adresse“ und „Kunde“ werden in Artikel 4 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung hinzugefügt. Zusätzlich wird der Begriff “Steueridentifikationsnummer” aufgenommen, entsprechend

dem neuen, durch Anhang III der Richtlinie 2023/2226 eingefügten Anhang VI Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummer 7.

Artikel 4

Durch diese Bestimmung wird Artikel 12 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 angepasst. Dabei werden die Dividenden von Unternehmen in den ausgetauschten Informationen im Rahmen des verpflichtenden automatischen Informationsaustausches hinzugefügt, entsprechend Artikel 1 (2) der Richtlinie 2023/2226/EU.

Artikel 5

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 1 (3) der Richtlinie 2023/2226/EU. Artikel 13 §3 und §5 des Dekrets vom 13. November 2023 wird ergänzt, um die Fälle, in denen die zuständige Behörde grenzüberschreitende Vorbescheide nicht übermittelt werden, (§3) und den Umfang der ausgetauschten Informationen im Falle einer Übermittlung (§5) zu präzisieren.

Artikel 6

Durch diese Bestimmung wird Artikel 14 des Dekrets vom 13. November 2023 betreffend den Informationsaustausch im Falle der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltungen ergänzt, entsprechend Artikel 1 (4) der Richtlinie 2023/2226/EU.

Artikel 7

Entsprechend Artikel 1 (18) der Richtlinie 2023/2226/EU, insbesondere Anhang II Nummer 1, wurde Artikel 15 Absatz 3 des Dekrets vom 13. November 2025 um eine Nummer 9 zur Klarstellung des Begriffs „Identifizierungsdienst“ ergänzt.

Artikel 8

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 1 (5) der Richtlinie 2023/2226/EU und fügt eine Nummer 13 in Artikel 16 §2 des Dekrets vom 13. November 2023 ein, der den Austausch der von Plattformbetreibern gemeldeten Informationen betrifft.

Artikel 9

Entsprechend Artikel 1 (18) der Richtlinie 2023/2226, insbesondere Anhang II Nummer 2, wird Artikel 17 §2 Abs. 3 des Dekrets vom 13. November 2023 aufgehoben.

Artikel 10

Entsprechend Artikel 1 (18) der Richtlinie 2023/2226, insbesondere Anhang II Nummer 3, wird in Artikel 18 §2 eine neue Nummer 4 eingefügt.

Artikel 11 bis 16

Die in Artikel 1 (6) der Richtlinie 2023/2226 vorgenommene Schilderung des Umfangs und der Voraussetzungen für den obligatorischen automatischen Austausch der von meldenden Anbietern von Krypto-Dienstleistungen gemeldeten Informationen wird in den neuen Artikel 18.2 des Dekrets übernommen.

Darüber hinaus dient diese Bestimmung der Umsetzung von Artikel 1 (19) der Richtlinie 2023/2226/EU, insbesondere Anhang III betreffend die Meldepflichten, Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht und andere Vorschriften für meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen. Dabei werden die spezifischen Begriffsbestimmungen im neuen Artikel 18.1 aufgelistet und die Maßnahmen zur wirksamen Umsetzung dieser Pflichten in den neuen Artikel 18.2 übernommen worden sind. Die allgemeinen Pflichten von meldenden Anbietern von Krypto-Dienstleistungen werden in Artikel 18.3 klargestellt, während ihre Meldepflichten in Artikel 18.4 und ihre Sorgfaltspflichten in Artikel 18.5 erwähnt werden.

Artikel 17 und 18

Diese Bestimmungen dienen der Umsetzung von Artikel 1 (7) der Richtlinie 2023/2226/EU. Dabei werden in Artikel 29 §2 Nummer 1 des Dekrets vom 13. November 2023 die möglichen Verwendungen der ausgetauschten Informationen ergänzt (*auch Zölle und die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus*).

In Artikel 29 §§2 und 3 sowie in Artikel 30 Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 13. November 2023 werden zusätzlich eine Verwendung *für alle Zwecke verwenden, die unter einen auf Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gestützten Rechtsakt fallen* und eine Verlängerung der Frist, innerhalb derer eine zuständige Behörde einer Weitergabe der Informationen verweigern kann, auf 15 Tage vorgesehen.

Artikel 19

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 1 (8) der Richtlinie 2023/2226/EU und sieht in Artikel 33 des Dekrets vom 13. November 2023 einen neuen Absatz 4 zur Erstellung eines wirksamen Mechanismus zur Verwendung der Informationen entsprechend den Artikel 12 bis 16.1 und Artikel 18.2 §§ 1 bis 7 des Dekrets vor.

Artikel 20 und 21

Diese Bestimmungen dienen der Umsetzung von Artikel 1 (7) Buchstaben a) und b) der Richtlinie 2023/2226 in Bezug auf den Datenschutz in diesem Zusammenhang. Dabei wird einerseits Artikel 39 §2 des Dekrets vom 13. November 2023 zur Verarbeitung personenbezogener Daten angepasst, um die meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen einzufügen (a). Andererseits wird Artikel 40 §4 des Dekrets vom 13. November 2023, der die Datenkategorien festlegt, um die meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen hinzuzufügen (b).

Artikel 22

Entsprechung Artikel 1 (16) der Richtlinie 2023/2226/EU wird ein neuer Artikel 45.1 über die Meldung und Übermittlung der Steueridentifikationsnummer in das Dekret vom 13. November 2023 eingefügt.

Artikel 23

Diese Bestimmung betrifft das Inkrafttreten des Dekrets, das entsprechend Artikel 1(2) Abs. 2 der Richtlinie 2023/2226 zum 1. Januar 2026 in Kraft treten soll.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

Artikel 1 – Das vorliegende Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2226 des Rates vom 17. Oktober 2023 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung.

Art. 2 – In Artikel 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung wird folgender Spiegelstrich 8 eingefügt:

„- die Richtlinie (EU) 2023/2226 des Rates vom 17. Oktober 2023 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung."

Art. 3 – Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 11 Buchstaben a) und b) wird die Ziffer „16" jeweils durch die Ziffer „18.1" ersetzt;

2. In Nummer 15 Buchstabe d) wird zwischen der Wortfolge „gegründet wird oder nicht," und dem Wort „und" die Wortfolge „oder auf die Frage, ob eine natürliche Person in dem Mitgliedstaat, der den Vorbescheid erteilt, steuerlich ansässig ist oder nicht," eingefügt;

3. Folgende Nummern 31 bis 35 werden eingefügt:

„31. Dividenden von Unternehmen, deren Anteile nicht in einem Bankdepotkonto verwahrt werden: Dividenden oder sonstige im Mitgliedstaat des Steuerpflichtigen als Dividenden behandelte Einkünfte, die auf ein anderes Konto als ein Verwahrkonto im Sinne von Anhang I Abschnitt VIII Unterabschnitt C Nummer 3 der Richtlinie 2011/16/EU eingezahlt oder diesem gutgeschrieben werden;

32. Lebensversicherungsprodukte, die nicht von anderen Rechtsakten der Union über den Austausch von Informationen oder vergleichbare Maßnahmen erfasst sind: Versicherungsverträge mit Ausnahme von rückkaufsfähigen Versicherungsverträgen, die gemäß Anhang I Abschnitt I der Richtlinie 2011/16/EU meldepflichtig sind und bei denen Leistungen aus den Verträgen im Todesfall eines Versicherungsnehmers zu zahlen sind;

33. Distributed-Ledger-Adresse: eine Distributed-Ledger-Adresse gemäß der Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates;

34. Kunde: für die Zwecke des Artikels 14 einen Intermediär oder relevanten Steuerpflichtigen, der im Zusammenhang mit einer meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung Dienstleistungen, einschließlich Unterstützung, Beratung, Rechtsberatung oder Anleitung, von einem Intermediär erhält, der der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt;

35. Identifikationsnummer: Identifikationsnummer eines Steuerpflichtigen oder die funktionale Entsprechung, wenn keine Steueridentifikationsnummer vorhanden ist. Die Steueridentifikationsnummer ist jegliche Nummer, die die zuständigen Behörden nutzen, um einen Steuerzahler zu identifizieren."

Art. 4 – In Artikel 12 Absatz 1 desselben Dekrets wird folgende Nummer 7 eingefügt:

„7. Dividenden von Unternehmen, deren Anteile nicht in einem Bankdepotkonto verwahrt werden, bei denen es sich nicht um Einkünfte aus Dividenden handelt, die gemäß Artikel 4, 5 oder 6 der Richtlinie 2011/96/EU des Rates von der Körperschaftsteuer befreit sind."

Art. 5 – Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. §3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 - Die §§1 und 2 gelten nicht in Fällen, in denen ein grenzüberschreitender Vorbescheid ausschließlich die Steuerangelegenheiten einer oder mehrerer natürlicher Personen betrifft, es sei denn, ein solcher grenzüberschreitender Vorbescheid wurde nach dem 1. Januar 2026 erteilt, geändert oder erneuert und:

1. der Betrag der Transaktion oder der Reihe von Transaktionen des grenzüberschreitenden Vorbescheids übersteigt 1.500.000 EUR oder den entsprechenden Betrag in einer anderen Währung, sofern dieser Betrag im grenzüberschreitenden Vorbescheid angegeben ist, oder;

2. in dem grenzüberschreitenden Vorbescheid wird festgestellt, ob eine Person in dem Mitgliedstaat, der den Vorbescheid erteilt, steuerlich ansässig ist oder nicht.

Für die Zwecke von Absatz 1 Nummer 1 und unbeschadet des im grenzüberschreitenden Vorbescheid genannten Betrags umfasst der Betrag des grenzüberschreitenden Vorbescheids im Falle einer Reihe von Transaktionen, die verschiedene Waren, Dienstleistungen oder Vermögenswerte betrifft, den zugrunde liegenden Gesamtwert. Die Beträge werden nicht aggregiert, wenn dieselben Waren, Dienstleistungen oder Vermögenswerte Gegenstand mehrerer Transaktionen sind.

Ungeachtet von Absatz 1 Nummer 2 schließt der Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Vorbescheide, die natürliche Personen betreffen, keine Vorbescheide über die Quellenbesteuerung in Bezug auf Einkünfte Gebietsfremder aus unselbstständiger Arbeit, Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen oder Ruhegehälter ein.“

2. In §5 Nummer 1 wird zwischen die Wortfolgen „von natürlichen Personen“ und „, und gegebenenfalls“ die Wortfolge „, es sei denn, der grenzüberschreitende Vorbescheid betrifft eine natürliche Person und wird gemäß den §§1 und 3 übermittelt“ eingefügt;

3. in §5 Nummer 9 wird zwischen die Wortfolgen „von natürlichen Personen“ und „, in den anderen Mitgliedstaaten“ die Wortfolge „, es sei denn, der grenzüberschreitende Vorbescheid betrifft eine natürliche Person und wird gemäß den §§1 und 3 übermittelt,“ eingefügt zwischen die Wortfolgen „von dem grenzüberschreitenden Vorbescheid“ und „betroffen sind“ wird die Wortfolge “oder der Vorabverständigung über die Verrechnungspreisgestaltung“ eingefügt.

Art. 6 – Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §5 wird die Wortfolge „andere Intermediäre oder, falls es keine solchen gibt, den relevanten Steuerpflichtigen unverzüglich über ihre Meldepflichten gemäß §6“ durch die Wortfolge „, denen eine Befreiung von dieser Pflicht gewährt wurde, ihren Kunden, sofern es sich bei diesen Kunden um einen Intermediär handelt, oder, falls es keinen solchen Intermediär gibt, sofern dieser Kunde der relevante Steuerpflichtige ist, unverzüglich über seine Meldepflichten gemäß §6“ ersetzt;

2. In §13 Nummer 1 wird zwischen die Wortfolgen „zu den Intermediären“ und „und relevanten“ die Wortfolge „, mit Ausnahme von aufgrund der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht nach §5 von der Meldepflicht befreiten Intermediären,“ eingefügt;

3. In §13 Nummer 3 wird die Wortfolge „einer abstrakt gehaltenen Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Gestaltungen“ durch die Wortfolge „eine Beschreibung der relevanten Gestaltungen sowie alle sonstigen Informationen, die den zuständigen Behörden bei der Beurteilung eines Steuerrisikos helfen könnten und“ ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 15 Absatz 3 desselben Dekrets wird folgende Nummer 9 eingefügt:

„9. Identifizierungsdienst: elektronisches Verfahren, das ein Mitgliedstaat oder die Union einem meldenden Plattformbetreiber zur Feststellung der Identität und der steuerlichen Ansässigkeit eines Verkäufers unentgeltlich zur Verfügung stellt.”

Art. 8 – In Artikel 16 §2 Absatz 1 desselben Dekrets wird folgende Nummer 13 eingefügt:

„13. die Kennung des Identifizierungsdienstes und den Mitgliedstaat der Ausstellung, sofern sich der meldende Plattformbetreiber auf eine direkte Bestätigung der Identität und der steuerlichen Ansässigkeit des Verkäufers durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Union bereitgestellten Identifizierungsdienst stützt, um die Identität und die steuerliche Ansässigkeit des Verkäufers zu ermitteln. In diesen Fällen ist es nicht erforderlich, dem Mitgliedstaat der Ausstellung der Kennung des Identifizierungsdienstes die unter den Nummern 3 bis 7 genannten Informationen zu übermitteln."

Art. 9 – Artikel 17 §2 Absatz 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 10 - In Artikel 18 §2 desselben Dekrets wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„4. ungeachtet von Nummer 2 Buchstabe a) und Nummer 3 Buchstabe a) ist der meldende Plattformbetreiber nicht verpflichtet, die Informationselemente, die gemäß Artikel 17 §2 zu erheben sind, zu melden, sofern er diese einer zuständigen Behörde meldet, die einen Identifizierungsdienst nutzt und sich zur Feststellung der Identität und jeglicher steuerlichen Ansässigkeit des Verkäufers auf eine direkte Bestätigung der Identität und der Ansässigkeit des Verkäufers durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Union bereitgestellten Identifizierungsdienst stützt. Hat sich der meldende Plattformbetreiber auf einen Identifizierungsdienst gestützt, um die Identität und jegliche steuerliche Ansässigkeit eines meldepflichtigen Verkäufers zu ermitteln, so sind der Name, die Kennung bzw. die Kennungen des Identifizierungsdienstes und der Mitgliedstaat bzw. die Mitgliedstaaten der Ausstellung zu melden."

Art. 11 – In Kapitel 2 Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 3, der die Artikel 18.1 bis 18.5 umfasst, eingefügt:

„*Unterabschnitt 3 - Von meldenden Anbietern von Krypto-Dienstleistungen gemeldete Informationen*"

Art. 12 – In Kapitel 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 18.1 eingefügt:

„Art. 18.1 – Besondere Begriffsbestimmungen

§1 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man in Bezug auf meldepflichtigen Kryptowert unter:

1. Kryptowert: einen Kryptowert im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2023/1114;

2. Digitale Zentralbankwährung: jede digitale Fiat-Währung, die von einer Zentralbank oder einer anderen Währungsbehörde ausgegeben wird;

3. Zentralbank: ein Institut, das per Gesetz oder staatlicher Genehmigung neben der Regierung die oberste Behörde für die Ausgabe von als Währung vorgesehenen Zahlungsmitteln darstellt. Dieses Institut kann eine von der Regierung des Staates getrennte Einrichtung umfassen, die ganz oder teilweise im Eigentum des Staates stehen kann;

4. Meldepflichtiger Kryptowert: jegliche Kryptowerte außer digitalen Zentralbankwährungen, elektronischem Geld oder Kryptowerten, für die der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen hinreichend festgestellt hat, dass sie nicht für Zahlungs- oder Investitionszwecke verwendet werden können;

5. Elektronisches Geld oder e-Geld jeden Kryptowert, der:

a) eine digitale Darstellung einer einzigen Fiat-Währung ist;

b) gegen Zahlung eines Geldbetrags ausgestellt wird, um damit Zahlungsvorgänge durchzuführen;

c) eine Forderung gegenüber dem Emittenten darstellt, die auf dieselbe Fiat-Währung lautet;

d) von einer anderen natürlichen oder juristischen Person als dem Emittenten als Zahlungsmittel angenommen wird und;

e) kraft der für den Emittenten geltenden regulatorischer Anforderungen auf Antrag des Inhabers des Produkts für dieselbe Fiat-Währung jederzeit und zum Nennwert einlösbar ist. Der Ausdruck elektronisches Geld oder e-Geld umfasst keine Produkte, die ausschließlich zum Zweck der Erleichterung der Übertragung von Geldmitteln von einem Kunden an eine andere Person gemäß den Anweisungen des Kunden geschaffen wurden. Ein Produkt wird nicht ausschließlich zum Zweck der Erleichterung der Übertragung von Geldmitteln geschaffen, wenn die mit diesem Produkt verbundenen Geldmittel im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit des übertragenden Rechtsträgers entweder länger als 60 Tage nach Erhalt von Anweisungen zur Erleichterung der Übertragung gehalten werden oder die mit diesem Produkt verbundenen Geldmittel bei fehlenden Anweisungen länger als 60 Tage nach Erhalt dieser Geldmittel gehalten werden.

§2 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man in Bezug auf meldenden Anbieter von Kryptowährungen unter:

1. Anbieter von Krypto-Dienstleistungen: einen Anbieter von Krypto-Dienstleistungen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 15 der Verordnung (EU) 2023/1114;

2. Kryptowert-Betreiber: einen Krypto-Dienstleistungsanbieter, bei dem es sich nicht um einen Anbieter von Krypto-Dienstleistungen handelt;

3. Meldender Anbieter Von Krypto-Dienstleistungen: jeden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen und jeden Kryptowert-Betreiber, der eine oder mehrere Krypto-Dienstleistungen anbietet, die Tauschgeschäft für oder im Namen eines meldepflichtigen Nutzers bewirken;

4. Krypto-Dienstleistungen: Krypto-Dienstleistungen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 16 der Verordnung (EU) 2023/1114 einschließlich Staking und Lending.

§3 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man in Bezug auf meldepflichtige Transaktion unter:

1. Meldepflichtige Transaktion:

a) jegliches Tauschgeschäft und;

b) jegliche Übertragung von meldepflichtigen Kryptowerten;

2. Tauschgeschäft: jeglichen:

a) Tausch zwischen meldepflichtigen Kryptowerten und Fiat-Währungen und;

b) Tausch zwischen einem oder mehreren Formen von meldepflichtigen Kryptowerten;

3. Meldepflichtige Massenzahlungstransaktion: eine Übertragung von meldepflichtigen Kryptowerten gegen Waren oder Dienstleistungen im Wert von mehr als 50 000 USD (oder den entsprechenden Betrag in einer anderen Währung);

4. Übertragung: eine Transaktion, die einen meldepflichtigen Kryptowert von oder auf die Kryptowert-Adresse oder das Konto eines Kryptowert-Nutzers bewegt, mit Ausnahme einer Transaktion, die vom meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen im Namen desselben Kryptowert-Nutzers verwaltet wird, wenn der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen auf der Grundlage des Wissens, das dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen zum Zeitpunkt der Transaktion zur Verfügung steht, nicht feststellen kann, dass es sich bei der Transaktion um ein Tauschgeschäft handelt;

5. Fiat-Währung: die offizielle Währung eines Staates, die von einem Staat oder der von einem Staat bestimmten Zentralbank oder Währungsbehörde ausgegeben wird, und zwar in Form von physischen Banknoten oder Münzen oder durch Geld in unterschiedlicher digitaler Form, einschließlich Bankreserven oder digitaler Zentralbankwährungen. Der Ausdruck umfasst auch Geschäftsbankgeld und elektronische Geld-Produkte (elektronisches Geld).

§4 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man in Bezug auf meldepflichtigen Nutzer unter:

1. Meldepflichtiger Nutzer: einen Kryptowert-Nutzer, der eine in einem Mitgliedstaat ansässige meldepflichtige Person ist;

2. Kryptowert-Nutzer: eine natürliche Person oder einen Rechtsträger, die oder der Kunde eines meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen für die Durchführung

meldepflichtiger Transaktionen ist. Eine natürliche Person oder ein Rechtsträger, mit Ausnahme eines Finanzinstituts oder eines meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen, die bzw. der als Kryptowert-Nutzer zugunsten oder für Rechnung einer anderen natürlichen Person oder eines Rechtsträgers als Vertreter, Verwahrer, Bevollmächtigter, Unterzeichner, Anlagenberater oder Intermediär handelt, wird nicht als Kryptowert-Nutzer behandelt, wohingegen diese andere natürliche Person oder dieser andere Rechtsträger als Kryptowert-Nutzer behandelt wird. Wenn ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen eine Dienstleistung erbringt, die eine meldepflichtige Massenzahlungstransaktion für einen Händler oder in dessen Namen bewirkt, behandelt der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen auch den Kunden, der die Gegenpartei des Händlers für eine solche meldepflichtige Massenzahlungstransaktion ist, als Kryptowert-Nutzer in Bezug auf solche meldepflichtige Massenzahlungstransaktion, sofern der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen verpflichtet ist, die Identität des Kunden im Rahmen der meldepflichtigen Massenzahlungstransaktion nach den innerstaatlichen Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche zu überprüfen;

3. Als Einzelperson agierender Kryptowert-Nutzer: einen Kryptowert-Nutzer, der eine natürliche Person ist;

4. Bestehender als Einzelperson agierender Kryptowert-Nutzer: einen als Einzelperson agierenden Kryptowert-Nutzer, der bis zum 31. Dezember 2025 eine Geschäftsbeziehung zum meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen eingegangen ist;

5. Als Rechtsträger agierender Kryptowert-Nutzer: einen Kryptowert-Nutzer, der ein Rechtsträger ist;

6. Bestehender als Rechtsträger agierender Kryptowert-Nutzer: einen als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzer, der bis zum 31. Dezember 2025 eine Geschäftsbeziehung zum meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen eingegangen ist;

7. Meldepflichtige Person: eine Person eines Mitgliedstaats, die keine ausgenommene Person ist;

8. Person eines Mitgliedstaats: in Bezug auf jeden Mitgliedstaat bedeutet einen Rechtsträger oder eine natürliche Person, der bzw. die nach dem Steuerrecht eines beliebigen Mitgliedstaats in diesem ansässig ist, oder einen Nachlass eines Erblassers, der in einem beliebigen Mitgliedstaat ansässig war. In diesem Sinne gilt ein Rechtsträger, bei dem keine steuerliche Ansässigkeit vorliegt, beispielsweise eine Personengesellschaft, eine Limited Liability Partnership oder ein ähnliches Rechtsgebilde, als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort seiner tatsächlichen Geschäftsleitung befindet;

9. Beherrschende Personen: die natürlichen Personen, die die Kontrolle über einen Rechtsträger ausüben. Im Fall eines Trusts bedeutet dieser Ausdruck den/die Treugeber, den/die Treuhänder (gegebenenfalls), den/die Protektor(en), den/die Begünstigten oder Begünstigtenkategorie(n) sowie jede/alle sonstige(n) natürliche(n) Person(en), die den Trust tatsächlich beherrscht/beherrschen; im Fall eines Rechtsgebildes, das kein Trust ist, bedeutet dieser Ausdruck Personen in gleichwertigen oder ähnlichen Positionen. Der Ausdruck "beherrschende Personen" ist in einer Weise auszulegen, die mit dem Ausdruck "wirtschaftlicher Eigentümer" im Sinne des Artikels 3 Nummer 6 der Richtlinie (EU) 2015/849 übereinstimmt, insoweit er Anbieter von Krypto-Dienstleistungen betrifft;

10. Aktiver Rechtsträger: jeden Rechtsträger, der eines der folgenden Kriterien erfüllt:

a) Weniger als 50 % der Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers im vorangegangenen Kalenderjahr oder einem anderen geeigneten Meldezeitraum sind passive Einkünfte und weniger als 50 % der Vermögenswerte, die sich während des vorangegangenen Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums im Besitz des Rechtsträgers befanden, sind Vermögenswerte, mit denen passive Einkünfte erzielt werden oder erzielt werden sollen;

b) im Wesentlichen alle Tätigkeiten des Rechtsträgers bestehen im (vollständigen oder teilweisen) Halten der ausgegebenen Aktien einer oder mehrerer Tochtergesellschaften, die eine andere Geschäftstätigkeit als die eines Finanzinstituts ausüben, sowie in der Finanzierung und Erbringung von Dienstleistungen für diese Tochtergesellschaften, mit der Ausnahme, dass ein Rechtsträger nicht die Kriterien für diesen Status erfüllt, wenn er als

Anlagefonds tätig ist (oder sich als solchen bezeichnet), wie zum Beispiel ein Beteiligungskapitalfonds, ein Wagniskapitalfonds, ein Fonds für fremdfinanzierte Übernahmen (‚Leveraged-Buyout-Fonds') oder ein Anlageinstrument, dessen Zweck darin besteht, Gesellschaften zu erwerben oder zu finanzieren und anschließend Anteile an diesen Gesellschaften als Anlagevermögen zu halten;

c) der Rechtsträger betreibt noch kein Geschäft und hat auch in der Vergangenheit kein Geschäft betrieben, legt jedoch Kapital in Vermögenswerten an mit der Absicht, ein anderes Geschäft als das eines Finanzinstituts zu betreiben; der Rechtsträger fällt jedoch nach dem Tag, der auf einen Zeitraum von 24 Monaten nach dem Gründungsdatum des Rechtsträgers folgt, nicht unter diese Ausnahmeregelung;

d) der Rechtsträger war in den vergangenen fünf Jahren kein Finanzinstitut und veräußert derzeit seine Vermögenswerte oder führt eine Umstrukturierung durch mit der Absicht, eine andere Tätigkeit als die eines Finanzinstituts fortzusetzen oder wieder aufzunehmen;

e) die Tätigkeit des Rechtsträgers besteht vorwiegend in der Finanzierung und Absicherung von Transaktionen mit oder für verbundene Rechtsträger, die keine Finanzinstitute sind, und er erbringt keine Finanzierungs- oder Absicherungsleistungen für Rechtsträger, die keine verbundenen Rechtsträger sind, mit der Maßgabe, dass der Konzern dieser verbundenen Rechtsträger vorwiegend eine andere Geschäftstätigkeit als die eines Finanzinstituts ausübt;

f) oder der Rechtsträger erfüllt alle folgenden Anforderungen:

- er wird in seinem Ansässigkeitsstaat ausschließlich für religiöse, gemeinnützige, wissenschaftliche, künstlerische, kulturelle, sportliche oder erzieherische Zwecke errichtet und betrieben oder er wird in seinem Ansässigkeitsstaat errichtet und betrieben und ist ein Berufsverband, eine Vereinigung von Geschäftsleuten, eine Handelskammer, ein Arbeitnehmerverband, ein Landwirtschafts- oder Gartenbauverband, eine Bürgervereinigung oder eine Organisation, die ausschließlich zur Wohlfahrtsförderung betrieben wird;
- er ist in seinem Ansässigkeitsmitgliedstaat von der Einkommensteuer befreit;
- er hat keine Anteilseigner oder Mitglieder, die Eigentums- oder Nutzungsrechte an seinen Einkünften oder Vermögenswerten haben;
- nach dem geltenden Recht des Ansässigkeitsmitgliedstaats oder den Gründungsunterlagen des Rechtsträgers dürfen die Einkünfte und Vermögenswerte des Rechtsträgers nicht an eine Privatperson oder einen nicht gemeinnützigen Rechtsträger ausgeschüttet werden, außer in Übereinstimmung mit der Ausübung der gemeinnützigen Tätigkeit des Rechtsträgers oder als Zahlung einer angemessenen Vergütung für erbrachte Leistungen oder als Zahlung in Höhe des beizulegenden Marktwert s eines vom Rechtsträger erworbenen Vermögensgegenstands;
- und nach dem geltenden Recht des Ansässigkeitsmitgliedstaats oder den Gründungsunterlagen des Rechtsträgers müssen bei der Abwicklung oder Auflösung des Rechtsträgers alle seine Vermögenswerte an einen staatlichen Rechtsträger oder eine andere gemeinnützige Organisation verteilt werden oder fallen der Regierung des Ansässigkeitsmitgliedstaats des Rechtsträgers oder einer seiner Gebietskörperschaften anheim.

§5 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man in Bezug auf die ausgenommene Person unter:

1. Ausgenommene Person:

a) ein Rechtsträger, dessen Anteile regelmäßig an einer oder mehreren anerkannten Wertpapierbörsen gehandelt werden;

b) ein Rechtsträger, der ein verbundener Rechtsträger eines Rechtsträgers nach Buchstabe a) ist;

c) ein staatlichen Rechtsträger;

d) eine internationale Organisation;

e) eine Zentralbank oder;

f) ein Finanzinstitut, bei dem es sich nicht um ein in Nummer 5 Buchstabe b) beschriebenes Investmentunternehmen handelt;

2. Finanzinstitut: ein Verwahrinstitut, ein Einlageninstitut, ein Investmentunternehmen oder eine Spezifizierte Versicherungsgesellschaft;

3. Verwahrinstitut: einen Rechtsträger, dessen Geschäftstätigkeit im Wesentlichen darin besteht, für fremde Rechnung Finanzvermögen zu verwahren. Die Geschäftstätigkeit eines Rechtsträgers besteht im Wesentlichen darin, für fremde Rechnung Finanzvermögen zu verwahren, wenn die dem Verwahren von Finanzvermögen und damit zusammenhängenden Finanzdienstleistungen zuzurechnenden Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers mindestens 20% der Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers entsprechen, und zwar entweder:
a) während des dreijährigen Zeitraums, der am 31. Dezember (oder dem letzten Tag eines nicht einem Kalenderjahr entsprechenden Abrechnungszeitraums) vor dem Bestimmungsjahr endet, oder;

b) während des Zeitraums des Bestehens des Rechtsträgers, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist;

4. Einlageninstitut: einen Rechtsträger, der:

a) im Rahmen gewöhnlicher Bankgeschäfte oder einer ähnlichen Geschäftstätigkeit Einlagen entgegennimmt oder;

b) Elektronisches Geld oder Digitale Zentralbankwährungen zugunsten seiner Kunden hält;

5. Investmentunternehmen: einen Rechtsträger:

a) der gewerblich vorwiegend eine oder mehrere der folgenden Tätigkeiten für einen Kunden oder in dessen Namen ausübt:

- Handel mit Geldmarktinstrumenten (zum Beispiel Schecks, Wechsel, Einlagenzertifikate, Derivate usw.), Devisen, Wechselkurs-, Zins- und Indexinstrumenten, handelbaren Wertpapieren oder Warentermingeschäften,
- individuelle und kollektive Vermögensverwaltung oder;
- sonstige Arten der Anlage oder Verwaltung von Finanzvermögen, Kapital oder meldepflichtigen Kryptowerten im Auftrag Dritter oder;

b) dessen Bruttoeinkünfte vorwiegend der Anlage oder Wiederanlage von Finanzvermögen oder meldepflichtigen Kryptowerten oder dem Handel damit zuzurechnen sind, wenn der Rechtsträger von einem anderen Rechtsträger verwaltet wird, bei dem es sich um ein Einlageninstitut, ein Verwahrinstitut, eine spezifizierte Versicherungsgesellschaft oder ein in Buchstabe a) beschriebenes Investmentunternehmen handelt;

Ein Rechtsträger übt gewerblich vorwiegend eine oder mehrere der in Buchstabe a) beschriebenen Tätigkeiten aus, beziehungsweise die Bruttoeinkünfte eines Rechtsträgers sind vorwiegend der Anlage oder Wiederanlage von Finanzvermögen oder meldepflichtigen Kryptowerten oder dem Handel damit im Sinne von Buchstabe b) zuzurechnen, wenn die den entsprechenden Tätigkeiten zuzurechnenden Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers mindestens 50% der Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers entsprechen, und zwar entweder:

- während des dreijährigen Zeitraums, der am 31. Dezember des Jahres vor dem Bestimmungsjahr endet, oder;
- während des Zeitraums des Bestehens des Rechtsträgers, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist.

Für die Zwecke des Buchstabe a) dritter Spiegelstrich umfasst der Ausdruck ‚sonstige Arten der Anlage oder Verwaltung von Finanzvermögen oder Kapital oder meldepflichtigen Kryptowerten im Auftrag Dritter' nicht die Erbringung von Dienstleistungen, die Tauschgeschäfte für oder im Namen von Kunden bewirken. Der Ausdruck ‚Investmentunternehmen' umfasst nicht einen Rechtsträger, bei dem es sich aufgrund der Erfüllung der Kriterien in Paragraf 4 Nummer 10 Buchstaben b) bis e) um einen aktiven Rechtsträger handelt;

Dieser Paragraf ist auf eine Weise auszulegen, die mit dem ähnlichen Wortlaut der Definition von ‚Finanzinstitut' in Artikel 3 Nummer 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 vereinbar ist.

6. Spezifizierte Versicherungsgesellschaft: einen Rechtsträger, bei dem es sich um eine Versicherungsgesellschaft (oder die Holdinggesellschaft einer Versicherungsgesellschaft)

handelt, die einen Rückkaufsfähigen Versicherungsvertrag oder einen Rentenversicherungsvertrag abschließt oder zur Leistung von Zahlungen in Bezug auf einen solchen Vertrag verpflichtet ist;

7. Staatlicher Rechtsträger: die Regierung eines Staates, eine Gebietskörperschaft eines Staates (wobei es sich, um Zweifel auszuräumen, unter anderen um einen Gliedstaat, eine Provinz, einen Landkreis oder eine Gemeinde handeln kann) oder eine Behörde oder Einrichtung, die sich im Alleineigentum eines Staates oder einer oder mehrerer Gebietskörperschaften befindet. Diese Kategorie besteht aus den wesentlichen Instanzen, beherrschten Rechtsträgern und Gebietskörperschaften eines Staates. Darunter ist folgendes zu verstehen:

a) Wesentliche Instanz eines Staates: unabhängig von ihrer Bezeichnung eine Person, eine Organisation, eine Behörde, ein Amt, einen Fonds, eine Einrichtung oder eine sonstige Stelle, die eine Regierungsbehörde eines Staates darstellt. Die Nettoeinkünfte der Regierungsbehörde müssen ihrem eigenen Konto oder sonstigen Konten des Staates gutgeschrieben werden, ohne dass ein Teil davon einer Privatperson zugutekommt. Eine wesentliche Instanz umfasst nicht eine natürliche Person, bei der es sich um einen in seiner Eigenschaft als Privatperson handelnden Regierungsvertreter, Beamten oder Verwalter handelt;

b) Beherrschter Rechtsträger: einen Rechtsträger, der formal von dem Staat getrennt ist oder auf andere Weise eine eigenständige juristische Person darstellt, sofern:

- der Rechtsträger sich unmittelbar oder über einen oder mehrere beherrschte Rechtsträger im Alleineigentum und unter der Beherrschung eines oder mehrerer staatlicher Rechtsträger befindet;
- die Nettoeinkünfte des Rechtsträgers seinem eigenen Konto oder den Konten eines oder mehrerer staatlicher Rechtsträger gutgeschrieben werden, ohne dass ein Teil seiner Einkünfte einer Privatperson zugutekommt, und;
- die Vermögenswerte des Rechtsträgers bei seiner Auflösung einem oder mehreren staatlichen Rechtsträgern zufallen;

c) Einkünfte kommen nicht Privatpersonen zugute, wenn es sich bei diesen Personen um die vorgesehenen Begünstigten eines Regierungsprogramms handelt und die Programmaktivitäten für die Allgemeinheit im Interesse des Gemeinwohls ausgeübt werden oder sich auf die Verwaltung eines Regierungsbereichs beziehen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen gelten Einkünfte jedoch als Einkünfte, die Privatpersonen zugutekommen, wenn sie aus über einen staatlichen Rechtsträger ausgeübten gewerblichen Tätigkeiten, wie zum Beispiel Geschäftsbankengeschäften, stammen, bei denen Finanzdienstleistungen an Privatpersonen erbracht werden;

8. Internationale Organisation: jegliche internationale Organisation oder eine in ihrem Alleineigentum stehende Behörde oder Einrichtung. Diese Kategorie umfasst eine zwischenstaatliche Organisation (einschließlich einer übernationalen Organisation):

a) die hauptsächlich aus Regierungen besteht;

b) die mit diesem Staat ein Sitzabkommen oder im Wesentlichen ähnliches Abkommen geschlossen hat und;

c) deren Einkünfte nicht Privatpersonen zugutekommen;

9. Finanzvermögen: umfasst Wertpapiere (zum Beispiel Anteile am Aktienkapital einer Kapitalgesellschaft, Beteiligungen oder wirtschaftliches Eigentum an den Beteiligungen an einer in Streubesitz befindlichen oder börsennotierten Personalgesellschaft oder einem Trust sowie Obligationen, Anleihen, Schuldverschreibungen oder sonstige Schuldurkunden), Beteiligungen an Personengesellschaften, Warengeschäfte, Swaps (zum Beispiel Zinsswaps, Währungsswaps, Basisswaps, Zinscaps, Zinsfloors, Warenswaps, Aktienswaps, Aktienindexswaps und ähnliche Vereinbarungen), Versicherungs- oder Rentenversicherungsverträge oder Beteiligungen (darunter börsengehandelte und nicht börsengehandelte Termingeschäfte und Optionen) an Wertpapieren, meldepflichtigen Kryptowerten, Beteiligungen an Personengesellschaften, Warengeschäften, Swaps oder Versicherungs- oder Rentenversicherungsverträgen. Der Ausdruck ‚Finanzvermögen' umfasst keine nicht fremdfinanzierten unmittelbaren Immobilienbeteiligungen;

10. Eigenkapitalbeteiligung: im Fall einer Personengesellschaft, die ein Finanzinstitut ist, entweder eine Kapital- oder eine Gewinnbeteiligung an der Personengesellschaft. Im Fall eines Trusts, der ein Finanzinstitut ist, gilt eine Eigenkapitalbeteiligung als von einer Person gehalten, die als Treugeber oder Begünstigter des gesamten oder eines Teils des Trusts betrachtet wird, oder von einer sonstigen natürlichen Person, die den Trust tatsächlich beherrscht. Eine meldepflichtige Person gilt als Begünstigter eines Trusts, wenn sie berechtigt ist, unmittelbar oder mittelbar (zum Beispiel durch einen Bevollmächtigten) eine Pflichtausschüttung aus dem Trust zu erhalten, oder unmittelbar oder mittelbar eine freiwillige Ausschüttung aus dem Trust erhalten kann;

11. Versicherungsvertrag: einen Vertrag (nicht jedoch einen Rentenversicherungsvertrag), bei dem sich der Versicherungsgeber bereit erklärt, bei Eintritt eines konkreten Ereignisses im Zusammenhang mit einem Todesfall-, Krankheits-, Unfall-, Haftungs- oder Sachschadenrisiko einen Betrag zu zahlen;

12. Rentenversicherungsvertrag: einen Vertrag, bei dem sich der Versicherungsgeber bereit erklärt, für einen vollständig oder teilweise anhand der Lebenserwartung einer oder mehrerer natürlicher Personen ermittelten Zeitraum Zahlungen zu leisten. Der Ausdruck umfasst auch einen Vertrag, der nach dem Recht, den Vorschriften oder der Rechtsübung des Mitgliedstaats oder anderen Staates, in dem er ausgestellt wurde, als Rentenversicherungsvertrag gilt und bei dem sich der Versicherungsgeber bereit erklärt, für eine bestimmte Anzahl von Jahren Zahlungen zu leisten;

13. Rückkaufsfähiger Versicherungsvertrag: einen Versicherungsvertrag (nicht jedoch einen Rückversicherungsvertrag zwischen zwei Versicherungsgesellschaften) mit einem Barwert;

14. Barwert:

a) den Betrag, zu dessen Erhalt der Versicherungsnehmer nach Rückkauf oder Kündigung des Vertrags berechtigt ist (ohne Minderung wegen einer Rückkaufgebühr oder eines Policendarlehens ermittelt), oder;

b) den Betrag, den der Versicherungsnehmer im Rahmen des Vertrags oder in Bezug auf den Vertrag als Darlehen aufnehmen kann, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen umfasst der Ausdruck ‚Barwert' nicht einen aufgrund eines Versicherungsvertrags wie folgt zahlbaren Betrag:

- ausschließlich aufgrund des Todes einer natürlichen Person, die über einen Lebensversicherungsvertrag verfügt;
- in Form einer Leistung bei Personenschaden oder Krankheit oder einer sonstigen Leistung zur Entschädigung für einen bei Eintritt des Versicherungsfalls erlittenen wirtschaftlichen Verlust;
- in Form einer Rückerstattung einer aufgrund eines Versicherungsvertrags, nicht jedoch eines an Kapitalanlagen gebundenen Lebens- oder Rentenversicherungsvertrags, bereits gezahlten Prämie, abzüglich Versicherungsgebühren unabhängig von deren tatsächlicher Erhebung, bei Vertragsaufhebung oder -kündigung, Verringerung des Risikopotenzials während der Vertragslaufzeit oder Berichtigung einer Fehlbuchung oder eines vergleichbaren Fehlers in Bezug auf die Vertragsprämie;
- in Form einer an den Versicherungsnehmer zahlbaren Dividende, nicht jedoch eines Schlussüberschussanteils, sofern die Dividende aus einem Versicherungsvertrag stammt, bei dem nur Leistungen nach Buchstabe b zu zahlen sind, oder;
- in Form einer Rückerstattung einer Prämienvorauszahlung oder eines Prämiendepots für einen Versicherungsvertrag mit mindestens jährlich fälliger Prämienzahlung, sofern die Höhe der Prämienvorauszahlung oder des Prämiendepots die nächste vertragsgemäß fällige Jahresprämie nicht übersteigt.

§6 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man im Übrigen unter:

1. Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden: die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden eines meldenden Anbieters von Krypto-

Dienstleistungen nach der Richtlinie (EU) 2015/849 oder ähnlicher Anforderungen, denen dieser meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen unterliegt;

2. Rechtsträger: eine juristische Person oder ein Rechtsgebilde wie zum Beispiel eine Kapitalgesellschaft, eine Personengesellschaft, ein Trust oder eine Stiftung;

3. Ein Rechtsträger ist ein Verbundener Rechtsträger eines anderen Rechtsträgers, wenn einer der beiden Rechtsträger den anderen beherrscht oder die beiden Rechtsträger derselben Beherrschung unterliegen. Für diesen Zweck umfasst Beherrschung unmittelbares oder mittelbares Eigentum an mehr als 50% der Stimmrechte und des Wertes eines Rechtsträgers.

4. Zweigniederlassung: eine Einheit, ein Geschäft oder ein Büro eines meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen, die bzw. das nach dem Regulierungssystem eines Staates als Zweigniederlassung behandelt wird oder die bzw. das anderweitig nach den Gesetzen eines Staates als getrennt von anderen Büros, Einheiten oder Zweigniederlassungen des meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen geregelt ist. Alle Einheiten, Geschäfte oder Büros eines meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen in einem einzigen Staat werden als eine einzige Zweigniederlassung behandelt;

5. Wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden: eine Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats und eines Drittlands, die den automatischen Austausch von Informationen vorschreibt, die den in Artikel 18.4 §2 angegebenen Informationen entsprechen, wie dies in einem Durchführungsrechtsakt gemäß Artikel 8ad Absatz 11 der Richtlinie 2011/16/EU festgelegt wird;

6. Qualifiziertes Drittland: ein Drittland, das über eine geltende wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden mit den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten verfügt, die in einer von dem Drittland veröffentlichten Liste als meldepflichtige Länder genannt sind;

7. Steueridentifikationsnummer: die Identifikationsnummer eines Steuerpflichtigen oder die funktionale Entsprechung, wenn keine Steueridentifikationsnummer vorhanden ist. Die Steueridentifikationsnummer ist jegliche Nummer, die die zuständigen Behörden nutzen, um einen Steuerzahler zu identifizieren;

8. Identifizierungsdienst: ein elektronisches Verfahren, das ein Mitgliedstaat oder die Union einem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen zur Feststellung der Identität und der steuerlichen Ansässigkeit eines Kryptowert-Nutzers unentgeltlich zur Verfügung stellt;

9. Verordnung (EU) 2023/1114: Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937;

10. Richtlinie (EU) 2015/849: Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission."

Art. 13 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 18.2 eingefügt:

„*Art. 18.2 - Umfang und Voraussetzungen*

§1 - Die meldenden Anbieter von Kryptodienstleistungen erfüllen die Meldepflichten und führen die in Artikeln 18.4 und 18.5 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch, jeweils in Übereinstimmung mit §4.

§2 - Gemäß den Meldepflichten und den geltenden Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach den Artikeln 18.4 und 18.5 tauscht die zuständige Behörde, sollte die Meldung gemäß §1 des erfolgt sein, im Wege des automatischen Austauschs und innerhalb

der Frist gemäß §6 die in §3 genannten Informationen mit den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats gemäß den nach Artikel 21 getroffenen praktischen Regelungen.

§3 - Die zuständige Behörde übermittelt zu jeder meldepflichtigen Person folgende Informationen:

1. Name, Anschrift, Ansässigkeitsmitgliedstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) und, bei natürlichen Personen, Geburtsdatum und -ort jedes meldepflichtigen Nutzers und im Falle eines Rechtsträgers, von dem unter Anwendung der Artikel 18.5 festgelegten Sorgfaltspflichtverfahren festgestellt wird, dass er eine oder mehrere beherrschende Personen hat, bei denen es sich um eine meldepflichtige Person handelt, Name, Anschrift, Ansässigkeitsmitgliedstaat(en) und Steueridentifikationsnummer(n) des Rechtsträgers und Name, Anschrift, Ansässigkeitsmitgliedstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) sowie Geburtsdatum und -ort jeder beherrschenden Person des Rechtsträgers, die eine meldepflichtige Person ist, sowie die Funktion(en), aufgrund deren jede derartige meldepflichtige Person eine beherrschende Person des Rechtsträgers ist;

Ungeachtet von Nummer 1 Absatz 1 umfassen die Informationen, die dem Mitgliedstaat der Ausstellung der Kennung des Identifizierungsdienstes in Bezug auf die meldepflichtige Person zu übermitteln sind, den Namen, die Kennung des Identifizierungsdienstes und den Ausstellungsmitgliedstaat sowie die Funktion(en), aufgrund deren jede meldepflichtige Person eine beherrschende Person des Rechtsträgers ist, sofern sich der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen auf eine direkte Bestätigung der Identität und der Ansässigkeit der meldepflichtigen Person durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Union bereitgestellten Identifizierungsdienst stützt, um die Identität und die steuerliche Ansässigkeit der meldepflichtigen Person zu ermitteln;

2. Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer und, falls vorhanden, die in §6 Nummer 3 genannte individuelle Identifikationsnummer und die globale Rechtsträgerkennung des meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen;

3. für jede Art von meldepflichtigem Kryptowert, für den der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen während des betreffenden Kalenderjahres oder eines anderen geeigneten Berichtszeitraums meldepflichtige Transaktionen durchgeführt hat, gegebenenfalls:

a) den vollständigen Namen der Art des meldepflichtigen Kryptowerts;

b) den gezahlten Gesamtbruttobetrag, die Gesamtzahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Erwerb gegen die Fiat-Währung;

c) den erhaltenen Gesamtbruttobetrag, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Verkäufen gegen die Fiat-Währung;

d) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die Gesamtzahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Erwerb gegen andere meldepflichtige Kryptowerte;

e) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die Gesamtzahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Veräußerungen gegen andere meldepflichtigen Kryptowerte;

f) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die Gesamtzahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Massenzahlungstransaktionen;

g) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die Gesamtzahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen, aufgeschlüsselt nach Übertragungsart, sofern dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bekannt, bei Übertragungen an den meldepflichtigen Nutzer, die nicht unter die Buchstaben a) und d) fallen;

h) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die Gesamtzahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen, aufgeschlüsselt nach Übertragungsart, sofern dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bekannt, bei Übertragungen durch den meldepflichtigen Nutzer, die nicht unter die Buchstaben c), e) und f) fallen;

i) und den aggregierten beizulegenden Marktwert sowie die Gesamtzahl der Einheiten von Übertragungen, die der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen an Distributed-Ledger-Adressen gemäß der Verordnung (EU) 2023/1114 vorgenommen hat, von

denen nicht bekannt ist, dass sie mit einem Anbieter von Dienstleistungen für virtuelle Vermögenswerte oder einem Finanzinstitut verbunden sind.

Für die Zwecke der Nummer 3 Buchstaben b) und c) ist der gezahlte oder erhaltene Betrag in der Fiat-Währung, in der er gezahlt oder erhalten wurde, mitzuteilen. Wurden die Beträge in mehreren Fiat-Währungen gezahlt oder erhalten, so sind die Beträge in einer einzigen Fiat-Währung mitzuteilen, die zum Zeitpunkt einer jeden meldepflichtigen Transaktion in einer vom meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen durchgängig angewandten Weise umgerechnet wurde.

Für die Zwecke der Nummer 3 Buchstaben d) und i) ist der beizulegende Marktwert in einer einzigen Fiat-Währung festzulegen und mitzuteilen, die zum Zeitpunkt einer jeden meldepflichtigen Transaktion in einer vom Meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen durchgängig angewandten Weise umgerechnet wurde. In den übermittelten Informationen ist die Fiat-Währung anzugeben, auf die die Beträge lauten.

§4 - Die Übermittlung der Informationen gemäß §3 erfolgt unter Verwendung des elektronischen Standardformats nach Artikel 20 Absatz 5 binnen 9 Monaten nach dem Ende des Kalenderjahres, auf den sich die Meldepflichten des meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen beziehen. Die Informationen werden erstmals ab dem 1. Januar 2026 für das betreffende Kalenderjahr oder einen anderen geeigneten Berichtszeitraum übermittelt.

§5 - Ein Kryptowert-Betreiber ist dazu verpflichtet, sich in der Union registrieren zu lassen. Ist der Kryptowert-Betreiber ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen im Sinne von Artikel 18.1 §2 Nummer 3, beantragt er vor Ablauf der Frist, innerhalb derer ein solcher Kryptowert-Betreiber die in Artikel 18.4 §2 genannten Informationen zu melden hat, seine Registrierung nach Artikel 18.2 §6 bei der zuständigen Behörde des gemäß Artikel 18.3 §1 Nummer 2 Buchstabe a), b), c) oder d) bzw. Artikel 18.3 §2 bestimmten Mitgliedstaats. Erfüllt ein solcher Kryptowert-Betreiber in mehr als einem Mitgliedstaat die Bedingungen nach Artikel 18.3 §1 Nummer 2 Buchstaben a), b), c) oder d) bzw. nach Artikel 18.3 §2, so beantragt er seine Registrierung nach Artikel 18.2 §6 bei der zuständigen Behörde vor Ablauf der Frist, innerhalb derer der Kryptowert-Betreiber die in Artikel 18.3 §2 genannten Informationen zu melden hat.

Ungeachtet Absatz 1 darf ein Kryptowert-Betreiber, der ein Meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen im Sinne von Artikel 18.1 2 Nummer 3 ist, keine Registrierung bei der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats beantragen, in dem ein solcher Kryptowert-Betreiber nicht verpflichtet ist, den in den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 genannten Melde- und Sorgfaltspflichten gemäß Artikel 18.3 §§3, 4, 5, 6, 7 oder 8 nachzukommen, da diese Pflichten von einem solchen Kryptowert-Betreiber in einem anderen Mitgliedstaat erfüllt werden.

Die in Absatz 1 erwähnte Verpflichtung gilt nicht für Anbieter von Krypto-Dienstleistungen im Sinne von Artikel 18.1 §2 Nummer 1.

§6 - Sollte ein Kryptowert-Betreiber, der ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen ist, sich bei der zuständigen Behörde registrieren lassen, gilt folgendes Verwaltungsverfahren für die einmalige Registrierung dieses Kryptowert-Betreibers:

1. Bei der Registrierung übermittelt der Kryptowert-Betreiber der zuständigen Behörde folgende Informationen:

a) Name;

b) Postanschrift;

c) elektronische Anschriften, einschließlich Websites;

d) sämtliche Steueridentifikationsnummer des Kryptowert-Betreibers;

e) die Mitgliedstaaten, in denen meldepflichtige Nutzer im Sinne von Artikel 18.5 §§1 und 2 ansässig sind;

f) ein qualifiziertes Drittland nach Artikel 18.3 §3, 4, 5, 6, oder 8;

2. Der Kryptowert-Betreiber teilt der zuständigen Behörde jegliche Änderungen der nach Nummer 1 übermittelten Informationen mit;

3. Die zuständige Behörde teilt dem Kryptowert-Betreiber eine individuelle Identifikationsnummer zu und teilt sie den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten auf elektronischem Wege mit;

4. In folgenden Fällen kann die zuständige Behörde einen Kryptowert-Betreiber aus dem Register der Kryptowert-Betreiber löschen:

a) der Kryptowert-Betreiber informiert die zuständige Behörde, dass er nicht länger für meldepflichtige Nutzer in der Union tätig ist;

b) es liegt keine Mitteilung gemäß Buchstabe a) vor, aber es besteht Grund zu der Annahme, dass die Tätigkeit eines Kryptowert-Betreibers eingestellt wurde;

c) der Plattformbetreiber erfüllt nicht länger die in der Nummer 1 festgelegten Bedingungen;

d) der Mitgliedstaat hat die Registrierung nach der Nummer 6 bei seiner zuständigen Behörde widerrufen;

5. Die zuständige Behörde unterrichtet die Kommission unverzüglich über jeden Kryptowert-Betreiber im Sinne von Artikel 18.1 §2 Nummer 2, der für in der Union ansässige meldepflichtige Nutzer tätig ist, ohne sich nach diesem Paragrafen zu registrieren. Kommt ein Kryptowert-Betreiber seiner Registrierungspflicht nicht nach oder wurde seine Registrierung nach Nummer 6 widerrufen, so ergreift die zuständige Behörde unbeschadet des Artikels 45 wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Maßnahmen, um die Einhaltung der Vorschriften in ihrem Hoheitsgebiet durchzusetzen. Sie koordiniert ihre Maßnahmen zur Durchsetzung der Einhaltung der Vorschriften, wozu als letztes Mittel auch gehört, dass der Kryptowert-Betreiber daran gehindert wird, in der Union tätig zu sein, mit den anderen Mitgliedstaaten;

6. Kommt ein Kryptowert-Betreiber der Meldepflicht gemäß Artikel 18.4 nach zwei Mahnungen der zuständigen Behörde der einmaligen Registrierung nicht nach, so trifft die zuständige Behörde unbeschadet des Artikels 45 die erforderlichen Maßnahmen, um die Registrierung des Kryptowert-Betreibers zu widerrufen. Die Registrierung wird spätestens nach Ablauf von 90 Tagen, jedoch nicht vor Ablauf von 30 Tagen nach der zweiten Mahnung widerrufen.

§7 - Sollte die Registrierung gemäß §6 widerrufen werden, wird die erneute Registrierung des Krypto-Betreibers nur unter der Bedingung gestattet, dass er der zuständigen Behörde in Bezug auf seine Verpflichtung, den Meldepflichten innerhalb der Union, einschließlich jeglicher noch ausstehender, nicht erfüllter Meldepflichten, nachzukommen, angemessene Garantien bietet.

§8 - Die Regierung legt die Regeln und Verwaltungsverfahren zur wirksamen Erfüllung und Einhaltung der in den Artikeln 18.4 und 18.5 beschriebenen Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und der Meldepflichten fest, u. a. um Folgendes sicherzustellen:

1. Die meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen setzen die Erhebungs- und Überprüfungsanforderungen nach Artikel 18.4 in Bezug auf ihre Kryprowert-Nutzer durch.

Stellt ein Kryptowert-Nutzer die nach Artikel 18.4 erforderlichen Informationen nach zwei Mahnungen nach der ursprünglichen Anfrage des Anbieters von Krypto-Dienstleistungen, jedoch nicht vor Ablauf von 60 Tagen, nicht zur Verfügung, hindert der Anbieter von Krypto-Dienstleistungen der Kryptowert-Nutzer daran, meldepflichtige Transaktionen durchzuführen;

2. Die meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen dokumentieren die zur Durchführung der in den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 aufgeführten Meldepflichten und Verfahren zur

Erfüllung der Sorgfaltspflichten unternommenen Schritte und herangezogenen Informationen. Diese Dokumente bleiben für einen ausreichend langen Zeitraum und in jedem Fall während mindestens fünf, jedoch höchstens 10 Jahren nach Ablauf des Zeitraums verfügbar, innerhalb dem der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen die Informationen zu melden hat, sofern es sich um meldepflichtige Informationen nach Artikel 18.4 handelt;

3. Eine Meldeaufforderung kann an meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen gerichtet werden, um sicherzustellen, dass alle erforderlichen Informationen der zuständigen Behörde gemeldet werden, damit diese ihrer Verpflichtung zur Übermittlung von Informationen gemäß Artikel §3 nachkommen kann;

4. Die meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen halten die Meldepflichten und Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten gemäß den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 ein;

5. Bei einer Meldung unvollständiger oder fehlerhafter Informationen kann eine Nachverfolgung mit einem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen durchgeführt werden.“

Art. 14 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 18.3 eingefügt:

„*Art. 18.3 - Pflichten aller meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen*

§1 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen im Sinne von Artikel 18.1 §2 Nummer 3 unterliegt den Melde- und Sorgfaltspflichten nach den Artikel 18.4 bzw. 18.5, wenn:

1. es sich um einen Rechtsträger handelt, der von einem Mitgliedstaat gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) 2023/1114 zugelassen wurde oder der nach einer Mitteilung an einen Mitgliedstaat gemäß Artikel 60 der Verordnung (EU) 2023/1114 berechtigt ist, oder;

2. es sich um einen Rechtsträger handelt, der nicht von einem Mitgliedstaat gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) 2023/1114 zugelassen wurde oder der nicht nach einer Mitteilung an einen Mitgliedstaat gemäß Artikel 60 der Verordnung (EU) 2023/1114 berechtigt ist, bei dem es sich aber um einen der folgenden Fälle handelt:

a) einen Rechtsträger oder eine natürliche Person, der bzw. die in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist;

b) einen Rechtsträger, der:

- nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründet oder organisiert ist und;

- entweder Rechtspersönlichkeit in einem Mitgliedstaat besitzt oder verpflichtet ist, Steuererklärungen oder Steuerinformationen bei den Steuerbehörden eines Mitgliedstaats in Bezug auf die Einkünfte des Rechtsträgers einzureichen;

c) einen Rechtsträger, der von einem Mitgliedstaat aus verwaltet wird, oder;

d) einen Rechtsträger oder eine natürliche Person, der bzw. die eine reguläre Niederlassung in einem Mitgliedstaat hat.

§2 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen unterliegt in Bezug auf meldepflichtige Transaktionen, die über eine Zweigniederlassung mit Sitz in einem Mitgliedstaat durchgeführt werden, den Melde- und Sorgfaltspflichten nach dem Artikel 18.4 bzw. 18.5.

§3 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen, bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, ist nicht verpflichtet, den in dem Artikel 18.4 bzw. 18.5. genannten Melde- und Sorgfaltspflichten in einem Mitgliedstaat, dem er nach §1 Nummer 2 Buchstabe b, c oder d unterliegt, nachzukommen, wenn diese Anforderungen von diesem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem qualifizierten Drittlanderfüllt werden, da er in einem solchen Mitgliedstaat oder qualifizierten Drittland steuerlich ansässig ist.

§4 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen, bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, ist nicht verpflichtet, den in den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 genannten Melde- und Sorgfaltspflichten in einem Mitgliedstaat, dem er nach Paragraf 1 Nummer 2

Buchstaben c) oder d) unterliegt, nachzukommen, wenn diese Anforderungen von diesem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem qualifizierten Drittland erfüllt werden, da er ein Rechtsträger ist, der:

a) nach den Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats oder qualifizierten Drittlands gegründet oder organisiert ist und;

b) entweder Rechtspersönlichkeit in dem anderen Mitgliedstaat oder qualifizierten Drittland besitzt oder verpflichtet ist, bei den Steuerbehörden des anderen Mitgliedstaats oder qualifizierten Drittlands Steuererklärungen oder Steuerinformationen in Bezug auf die Einkünfte des Rechtsträgers einzureichen.

§5 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen, bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, ist nicht verpflichtet, den in den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 genannten Melde- und Sorgfaltspflichten in einem Mitgliedstaat, dem er nach §1 Nummer 2 Buchstabe d) unterliegt, nachzukommen, wenn diese Anforderungen von diesem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem qualifizierten Drittland erfüllt werden, da er von einem solchen Mitgliedstaat oder qualifizierten Drittland aus verwaltet wird.

§6 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt, ist nicht verpflichtet, den in den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 genannten Melde- und Sorgfaltspflichten in einem Mitgliedstaat, dem er nach §1 Nummer 2 Buchstabe d) unterliegt, nachzukommen, wenn diese Anforderungen von diesem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem qualifizierten Drittland erfüllt werden, da er in einem solchen Mitgliedstaat oder qualifizierten Drittland steuerlich ansässig ist.

§7 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen ist nicht verpflichtet, den in den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 genannten Melde- und Sorgfaltspflichten in einem Mitgliedstaat, dem er nach §1 Nummer 2 Buchstaben a), b), c) oder d) unterliegt, nachzukommen, wenn er in einem Mitgliedstaat eine Meldung in einem von diesem Mitgliedstaat festgelegten Format eingereicht hat, in der bestätigt wird, dass diese Anforderungen von diesem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen gemäß den Vorschriften eines anderen Mitgliedstaats oder qualifizierten Drittlands nach Kriterien erfüllt werden, die im Wesentlichen mit denen von § 1 Nummer 2 Buchstaben a), b), c) bzw. d) vergleichbar sind.

§8 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen ist nicht verpflichtet, den in den Artikeln 18.4 bzw. 18.5 genannten Melde- und Sorgfaltspflichten in Bezug auf meldepflichtige Transaktionen, die er über eine Zweigniederlassung in einem anderen Mitgliedstaat oder qualifizierten Drittland abwickelt, in einem Mitgliedstaat nachzukommen, wenn die Zweigniederlassung diese Anforderungen in einem anderen derartigen Mitgliedstaat oder qualifizierten Drittland erfüllt."

Art. 15 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 18.4 eingefügt:
„*Art. 18.4 - Meldepflichten*

§1 - Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen im Sinne von Artikel 18.3 §§ 1 und 2 meldet der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem er den Meldepflichten gemäß Artikel 18.3 unterliegt, die in §2 des vorliegenden Artikels genannten Informationen.

§2 - Für jedes Kalenderjahr oder einen anderen geeigneten Berichtszeitraum und gemäß den Verpflichtungen der meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen, die sich aus Artikel 18.3 ergeben, und den Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht in Artikel 18.5 meldet ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen folgende Informationen in Bezug

auf seine Kryptowert-Nutzer, die meldepflichtige Nutzer sind oder über beherrschende Personen verfügen, die meldepflichtige Personen sind:

1. Name, Anschrift, Ansässigkeitsmitgliedstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) und, im Falle einer natürlichen Person, Geburtsdatum und -ort jedes meldepflichtige Nutzers und im Falle eines Rechtsträgers, von dem unter Anwendung der in Artikel 18.5 festgelegten Sorgfaltspflichtverfahren festgestellt wird, dass er eine oder mehrere beherrschende Personen hat, bei denen es sich um eine meldepflichtige Person handelt, Name, Anschrift, Ansässigkeitsmitgliedstaat(en) und Steueridentifikationsnummer(n) des Rechtsträgers und Name, Anschrift, Ansässigkeitsmitgliedstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) sowie Geburtsdatum und -ort jeder beherrschende Person des Rechtsträgers, die eine meldepflichtige Person ist, sowie die Funktion(en), aufgrund deren jede derartige meldepflichtige Person eine beherrschende Personen des Rechtsträgers ist.

Ungeachtet von Nummer 1 Absatz 1 umfassen die Informationen, die in Bezug auf die meldepflichtige Person zu melden sind, den Namen, die Kennung(en) des Identifizierungsdienstes und den/die Ausstellungsmitgliedstaat(en) sowie die Funktion(en), aufgrund deren jede derartige meldepflichtige Person eine beherrschende Personen des Rechtsträgers ist, sofern der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen seine Informationen einer zuständigen Behörde meldet, die einen Identifizierungsdienst nutzt und sich zur Feststellung der Identität und jeglicher steuerlichen Ansässigkeit der meldepflichtigen Person auf eine direkte Bestätigung der Identität und der Ansässigkeit der meldepflichtige Person durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Union bereitgestellten Identifizierungsdienst stützt;

2. Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer und, falls vorhanden, die in Artikel 18.2 §6 Nummer 3 Absatz 7 genannte individuelle Identifikationsnummer und die globale Rechtsträgerkennung des meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen;

3. Für jede Art von meldepflichtigem Kryptowert, für den der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen während des betreffenden Kalenderjahres oder eines anderen geeigneten Berichtszeitraums meldepflichtige Transaktionen durchgeführt hat, gegebenenfalls:

a) den vollständigen Namen der Art des meldepflichtigem Kryptowerts;

b) den gezahlten aggregierten Gesamtbruttobetrag, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Erwerb gegen die Fiat-Währung;

c) den erhaltenen aggregierten Gesamtbruttobetrag, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Verkäufen gegen die Fiat-Währung;

d) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Erwerb gegen andere meldepflichtige Kryptowerte;

e) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen bei Verkäufen gegen andere meldepflichtige Kryptowerte;

f) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Massenzahlungstransaktionen;

g) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen, aufgeschlüsselt nach Übertragungsart, sofern dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bekannt, bei Übertragungen an den meldepflichtigen Nutzer, die nicht unter die Buchstaben b) und d) fallen;

h) den aggregierten beizulegenden Marktwert, die aggregierte Zahl der Einheiten und die Zahl der meldepflichtigen Transaktionen, aufgeschlüsselt nach Übertragungsart, sofern dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bekannt, bei Übertragungen durch den meldepflichtigen Nutzer, die nicht unter die Buchstaben c), e) und f) fallen, und;

i) den aggregierten beizulegenden Marktwert sowie die aggregierte Zahl der Einheiten von Übertragungen, die der meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen an Distributed-Ledger-Adressen gemäß der Verordnung (EU) 2023/1114 vorgenommen hat und von

denen nicht bekannt ist, ob sie mit einem Anbieter von Dienstleistungen für virtuelle Vermögenswerte oder einem Finanzinstitut verbunden sind. Für die Zwecke n Artikel 18.4 §2 Buchstaben b) und c) wird der erhaltene oder gezahlte Betrag in der Fiat-Währung gemeldet, in der die Zahlung getätigt wurde oder in der der Betrag erhalten wurde. Wurden die Beträge in mehreren Fiat-Währungen gezahlt oder erhalten, so sind die Beträge in einer einzigen Währung zu melden, die zum Zeitpunkt der jeweiligen meldepflichtigen Transaktion in einer Weise umgerechnet wird, die vom meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen durchgängig angewandt wird. Für die Zwecke von Nummer 3 Buchstaben d) bis i) ist der beizulegende Marktwert in einer einzigen Währung zu ermitteln und zu melden, die zum Zeitpunkt der jeweiligen meldepflichtigen Transaktion in einer Weise umgerechnet wird, die vom meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen durchgängig angewandt wird. In den gemeldeten Informationen wird die Fiat-Währung aufgeführt, in der die Beträge gemeldet werden.

§3 - Ungeachtet von §2 Nummer 1 muss der Geburtsort nicht gemeldet werden, es sei denn, der meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen ist anderweitig nach innerstaatlichem Recht verpflichtet, ihn zu beschaffen und zu melden.

§4 - Die in §2 genannten Informationen werden jährlich in dem Kalenderjahr gemeldet, das auf das Jahr folgt, auf das sich die Informationen beziehen. Die ersten Informationen werden für das betreffende Kalenderjahr oder einen anderen geeigneten Berichtszeitraum ab dem 1. Januar 2026 gemeldet.

§5 - Ungeachtet der §§1 und 4 ist ein meldender Anbieter von Krypto-dienstleistungen im Sinne von Artikel 18.3 §1 Nummer 2 Buchstaben a), b), c) oder d) nicht verpflichtet, die in §2 des vorliegenden Artikeln genannten Informationen in Bezug auf einen meldepflichtigen Nutzer oder eine beherrschende Person bereitzustellen, für den bzw. die der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen solche Informationen in einem Drittland meldet, das unter eine wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden mit dem Ansässigkeitsmitgliedstaat dieses meldepflichtigen Nutzers oder dieser beherrschenden Person fällt."

Art. 16 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 18.5 eingefügt:
„*Artikel 18.5 – Sorgfaltspflichten*

§1 - Ein Kryptowert-Nutzer wird ab dem Datum als meldepflichtiger Nutzer behandelt, ab dem er nach den in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten als solcher identifiziert wird.

§2 - Die in den Absätzen 2 und 3 aufgeführten Verfahren sind anwendbar, um festzustellen, ob ein als Einzelperson agierende Kryptowert-Nutzer ein meldepflichtiger Nutzer ist.

Bei der Begründung der Beziehung zum als Einzelperson agierende Kryptowert-Nutzer oder bei bereits bestehenden als Einzelperson agierenden Kryptowert-Nutzern erhält der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bis zum 1. Januar 2027 eine Selbstauskunft, die es dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen ermöglicht, die steuerliche(n) Ansässigkeit(en) des als Einzelperson agierende Kryptowert-Nutzers zu bestimmen und die Angemessenheit dieser Selbstauskunft auf der Grundlage der vom meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen erhaltenen Informationen, zu denen auch alle Unterlagen gehören, die gemäß den Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden erfasst wurden, zu bestätigen.

Tritt zu einem beliebigen Zeitpunkt in Bezug auf einen als Einzelperson agierende Kryptowert-Nutzer eine Änderung der Gegebenheiten ein, aufgrund derer dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bekannt ist oder bekannt sein müsste, dass die ursprüngliche Selbstauskunft nicht zutreffend oder unglaubwürdig ist, so kann sich der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen nicht auf die ursprüngliche Selbstauskunft verlassen und beschafft eine gültige Selbstauskunft oder eine angemessene Erklärung und gegebenenfalls Unterlagen, die die Gültigkeit der ursprünglichen Selbstauskunft belegen.

§3 – Die in den Absätzen 2 bis 4 aufgeführten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten sind anwendbar, um festzustellen, ob es sich bei einem als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzer um einen meldepflichtigen Nutzer oder einen Rechtsträger handelt, mit Ausnahme einer ausgenommenen Person oder eines aktiven Rechtsträgers mit einer oder mehreren beherrschenden Personen, die meldepflichtige Personen sind.

Für die Feststellung, ob der als Rechtsträger agierende Kryptowert-Nutzer eine meldepflichtige Person gilt folgendes:

1. Bei der Begründung der Beziehung zum als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzer oder in Bezug auf einen bereits bestehenden als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzer erhält der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bis zum 1. Januar 2027 eine Selbstauskunft, die es dem meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen ermöglicht, die steuerliche(n) Ansässigkeit(en) des als Rechtsträger agierende Kryptowert-Nutzer zu bestimmen und die Angemessenheit dieser Selbstauskunft auf der Grundlage der vom meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen erhaltenen Informationen, zu denen auch alle Unterlagen gehören, die gemäß der Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden erfasst wurden, zu bestätigen. Wenn der als Rechtsträger agierende Kryptowert-Nutzer bescheinigt, dass er keine steuerliche Ansässigkeit hat, kann der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen den Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung oder die Anschrift des Hauptbüros heranziehen, um die Ansässigkeit des als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzer zu bestimmen;

2. Enthält die Selbstauskunft Hinweise darauf, dass der als Rechtsträger agierende Kryptowert-Nutzer in einem Mitgliedstaat ansässig ist, so muss der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen den als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzer als meldepflichtigen Nutzer betrachten, es sei denn, der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen stellt anhand der Selbstauskunft oder der in seinem Besitz befindlichen oder öffentlich verfügbaren Informationen in vertretbarer Weise fest, dass es sich bei dem als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzer um eine ausgenommene Person handelt.

Für die Feststellung, ob der Rechtsträger eine oder mehrere beherrschende Personen hat, bei denen es sich um meldepflichtige Personen handelt. Bei als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzern, mit Ausnahme ausgenommener Personen, stellt der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen fest, ob sie eine oder mehrere beherrschende Personen haben, die meldepflichtige Personen sind, es sei denn, er stellt aufgrund der Selbstauskunft des als Rechtsträger agierenden Kryptowert-Nutzers fest, dass der als Rechtsträger agierende Kryptowert-Nutzer ein aktiver Rechtsträger ist. Hierbei gilt folgendes:

1. Feststellung der beherrschenden Personen eines als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzers. Zur Feststellung der beherrschenden Personen eines als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzers kann ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen Informationen heranziehen, die nach den Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden erfasst und gepflegt werden, sofern diese Verfahren mit der Richtlinie (EU) 2015/849 in Einklang stehen. Ist der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen nicht gesetzlich verpflichtet, Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden anzuwenden, die im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2015/849 stehen, so wendet er zur Feststellung der beherrschenden Personen im Wesentlichen ähnliche Verfahren an;

2. Feststellung, ob eine beherrschende Person eines als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzers eine meldepflichtige Person ist. Um festzustellen, ob es sich bei einer beherrschenden Person um eine meldepflichtige Person handelt, stützt sich der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen auf eine Selbstauskunft des als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzers oder der beherrschenden Person, die es dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen ermöglicht, die steuerliche(n) Ansässigkeit(en) der beherrschenden Person zu bestimmen, und bestätigt die Angemessenheit dieser Selbstauskunft auf der Grundlage von vom meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen erfassten Informationen, einschließlich der im Rahmen der Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden erfassten Unterlagen.

Tritt zu einem beliebigen Zeitpunkt in Bezug auf einen als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzer oder seine beherrschenden Personen eine Änderung der Gegebenheiten ein, aufgrund derer dem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen bekannt ist oder bekannt sein müsste, dass die ursprüngliche Selbstauskunft nicht zutreffend oder unglaubwürdig ist, so kann sich der meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen nicht auf die ursprüngliche Selbstauskunft verlassen und beschafft eine gültige Selbstauskunft oder eine angemessene Erklärung und gegebenenfalls Unterlagen, die die Gültigkeit der ursprünglichen Selbstauskunft belegen.

§4 - Für die Zulässigkeit von Selbstauskünften gelten folgende Anforderungen:

1. Eine Selbstauskunft, die von einem als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzer oder einer beherrschenden Person zur Verfügung gestellt wird, ist nur zulässig, wenn sie vom als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzer oder der beherrschenden Person unterzeichnet ist oder anderweitig positiv bestätigt wird, sie spätestens auf das Datum des Eingangs datiert ist und folgende Informationen in Bezug auf den als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzer oder die beherrschende Person enthält:

a) Vor- und Nachname;

b) Hausanschrift;

c) Mitgliedstaat(en) der steuerlichen Ansässigkeit;

d) in Bezug auf jede meldepflichtige Person die Steueridentifikationsnummer für jeden Mitgliedstaat;

e) Geburtsdatum;

2. Eine Selbstauskunft, die von einem als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzer zur Verfügung gestellt wird, ist nur zulässig, wenn sie vom als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzer unterzeichnet ist oder anderweitig positiv bestätigt wird, sie spätestens auf das Datum des Eingangs datiert ist und folgende Informationen in Bezug auf den als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzer enthält:

a) rechtlicher Name;

b) Anschrift;

c) Mitgliedstaat(en) der steuerlichen Ansässigkeit;

d) in Bezug auf jede meldepflichtige Person die Steueridentifikationsnummer für jeden Mitgliedstaat;

e) im Falle eines als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzers, bei dem es sich nicht um einen aktiven Rechtsträger oder eine ausgenommene Person handelt, die in §3 Absatz 2 beschriebenen Informationen in Bezug auf jede beherrschende Person des als Rechtsträger agierenden Krypto-Nutzers — es sei denn, diese beherrschend Person hat eine Selbstauskunft nach Paragraf 3 Absatz 2 vorgelegt — und die Funktion(en), aufgrund derer eine jede meldepflichtige Person eine beherrschende Person des Rechtsträgers ist, wenn diese nicht bereits anhand der Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden ermittelt wurden;

f) gegebenenfalls Angaben zu den Kriterien, die sie erfüllen, um als aktiver Rechtsträger oder als ausgenommene Person behandelt zu werden.

§5 - Einem meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen obliegen folgende allgemeine Sorgfaltspflichten:

1. Sollte er auch als Finanzinstitut im Sinne der Richtlinie 2011/16/EU Dekrets gelten, kann er sich für die Zwecke der Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach diesem Artikel auf die gemäß Anhang I Abschnitte IV und VI der Richtlinie 2011/16/EU abgeschlossenen Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten stützen. Ein meldender Anbieter von Krypto-Dienstleistungen kann sich auch auf eine Selbstauskunft stützen, die bereits für andere steuerliche Zwecke erhoben wurde, sofern diese Selbstauskunft die Anforderungen von §3 erfüllt;

2. Er kann sich auf eine dritte Partei stützen, um die Sorgfaltspflichten nach diesem Abschnitt zu erfüllen, doch bleibt die Erfüllung dieser Pflichten im Verantwortungsbereich des meldenden Anbieters von Krypto-Dienstleistungen."

Art. 17 – Artikel 29 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 Nummer 1 wird nach der Wortfolge „und andere indirekte Steuern" die Wortfolge „, Zölle und die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung" eingefügt;

2. In §2 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Wenn die zuständige Behörde Informationen und Unterlagen erhält, darf sie die erhaltenen Informationen und Unterlagen auch ohne die in Absatz 1 genannte Erlaubnis für alle Zwecke verwenden, die unter einen auf Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gestützten Rechtsakt fallen, und sie kann sie zu diesem Zweck an die für restriktive Maßnahmen zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats weitergeben."

3. In §3 wird das Wort „zehn" durch die Zahl „15" ersetzt.

Art. 18 – Artikel 30 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen den Absatz 1 und den Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Wenn die zuständige Behörde Informationen und Unterlagen erhält, darf sie die erhaltenen Informationen und Unterlagen auch ohne die in Absatz 1 genannte Erlaubnis für alle Zwecke verwenden, die unter einen auf Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gestützten Rechtsakt fallen, und sie kann sie zu diesem Zweck an die für restriktive Maßnahmen zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats weitergeben."

2. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird das Wort „zehn" durch die Zahl „15" ersetzt.

Art. 19 – In Artikel 33 desselben Dekrets werden folgende Absätze 4 bis 6 eingefügt:

„Die Aufzeichnungen über die im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 12 bis 16.1 und 18.2 erhaltenen Informationen werden nicht länger als erforderlich gespeichert, um den Zwecken dieses Dekrets zu genügen, in jedem Fall aber mindestens fünf Jahre ab ihrem Eingang.

Die meldenden Rechtsträger können die Gültigkeit der Informationen zur Steueridentifikationsnummer jedes Steuerpflichtigen, der dem Informationsaustausch gemäß den Artikeln 12 bis 16.1 und 18.2 unterliegt, auf elektronischem Wege bestätigen. Die Bestätigung der Informationen zur Steueridentifikationsnummer kann nur für die Zwecke der Überprüfung der Richtigkeit der in Artikel 12 Absatz 1, Artikel 13 §5, Artikel 16 §2 und Artikel 18.2 §3 genannten Daten verlangt werden.

Die Regierung legt die Regeln fest, um die Verwendung der im Rahmen der Meldung oder des Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 12 bis 16.1 sowie Artikel 18.2 §§ 1 bis 6 gewonnenen Informationen sicherzustellen."

Art. 20 – Artikel 39 §2 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„Die Intermediäre, meldenden Plattformbetreiber, meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen und die zuständige Behörde gelten als allein oder gemeinsam handelnde Verantwortliche."

Art. 21 – In Artikel 40 §4 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „oder jeder meldende Plattformbetreiber" durch die Wortfolge „, jeder meldende Plattformbetreiber oder jeder meldende Anbieter von Krypto-Dienstleistungen" ersetzt.

Art. 22 – In Kapitel 7 desselben Dekrets wird folgender Artikel 45.1 eingefügt:
„Art. 45.1 – Meldung und Übermittlung der Steueridentifikationsnummer

§1 - Die vom Ansässigkeitsmitgliedstaat erteilte Steueridentifikationsnummer der gemeldeten natürlichen Personen oder der gemeldeten Rechtsträger von der meldenden natürlichen Person oder dem meldenden Rechtsträger ist zu melden und, sofern dies in den Artikeln oder Anhängen des vorliegenden Dekrets ausdrücklich vorgeschrieben ist und im Einklang mit diesen, von der zuständigen Behörde zu übermitteln.

§2 - In Bezug auf Besteuerungszeiträume, die am oder nach dem 1. Januar 2030 beginnen, ist die vom Ansässigkeitsmitgliedstaat erteilte Steueridentifikationsnummer von Gebietsansässigen im Zusammenhang mit den in Artikel 12 Absatz 1 Nummern 1, 2 und 4 genannten Informationen sofern möglich zu melden, soweit es sich dabei um Arten von Einkünften und Vermögen handelt, zu denen Informationen übermittelt worden wären, selbst wenn die Steueridentifikationsnummer nicht verfügbar gewesen wäre.

§3 - In Bezug auf Besteuerungszeiträume, die am oder nach dem 1. Januar 2028 beginnen, ist die vom Ansässigkeitsmitgliedstaat erteilte Steueridentifikationsnummer der natürlichen Personen und der Rechtsträger im Zusammenhang mit den in Artikel 13 Paragraf 5 Nummern 1 und 9 genannten Informationen sofern möglich zu melden.

§4 - In Bezug auf Besteuerungszeiträume, die am oder nach dem 1. Januar 2028 beginnen, gibt die zuständige Behörde, sofern sie diese erhalten hat, die vom Ansässigkeitsmitgliedstaat erteilte Steueridentifikationsnummer der natürlichen Personen und der Rechtsträger bei der Übermittlung der in Artikel 13 Paragraf 5 Nummern 1 und 9 genannten Informationen an."

Art. 23 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2025.09.02 13:32:31
+02'00'

Umsetzungstabellen

Bestimmungen von RL 2023/2226/EU	**Bestimmungen vom Abänderungsdekret**
Art. 1 (1) a) i)	Art. 3
Art. 1 (1) a) ii)	Art. 3
Art. 1 (1) a) iii)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 1 (1) b)	Art. 3
Art. 1 (1) c)	Art. 3
Art. 1 (2) a)	Art. 4
Art. 1 (2) b)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 1 (2) c)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 1 (3) a)	Art. 5
Art. 1 (3) b) i)	Art. 5
Art. 1 (3) b) ii)	Art. 5
Art. 1 (4) a)	Art. 6
Art. 1 (4) b) i)	Art. 6
Art. 1 (4) b) ii)	Art. 6
Art. 1 (5)	Art. 8
Art. 1 (6)	Art. 13
Art. 1 (7) a)	Art. 17
Art. 1 (7) b)	Art. 17 Art. 18
Art. 1 (7) c)	Art. 17 Art. 18
Art. 1 (8)	Art. 19
Art. 1 (9)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 1 (10)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 1 (11)	Art. 19
Artikel 1 (12)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 1 (13) a)	Art. 20
Artikel 1 (13) b)	Art. 21
Artikel 1 (14)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 1 (15)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 1 (16)	Art. 22
Artikel 1 (17)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 1 (18) > siehe Anhang II	Art. 7, 9 und 10
Artikel 1 (19) > siehe Anhang III	Art. 11 bis 16
Artikel 2 (1)	Art. 1
Artikel 2 (1) Abs. 2	Art. 23
Artikel 2 (3)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 2 (4)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 3	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 4	Bedarf keiner Umsetzung

Anhang I	Bedarf keiner Umsetzung
Anhang II (1)	Art. 7
Anhang II (2)	Art. 9
Anhang II (3)	Art. 10
Anhang II (4)	Bedarf keiner Umsetzung
Anhang III Abschnitt I	Art. 14
Anhang III Abschnitt II	Art. 15
Anhang III Abschnitt III	Art. 16
Anhang III Abschnitt IV	Art. 112 und Art. 3 und Art. 4
Anhang III Abschnitt V	Art. 13

Vorliegendes Dekret	**RL 2023/2226/EU**
Art. 1	Art. 2 (1)
Art. 2	Art. 2 (1)
Art. 3	Art. 1 (1) und Anhang VI Abschnitt IV F Nr. 7
Art. 4	Art. 1 (2)
Art. 5	Art. 1 (3)
Art. 6	Art. 1 (4)
Art. 7	Art. 1 (18) – Anhang II Nr. 1
Art. 8	Art. 1 (5)
Art. 9	Art. 1 (18) – Anhang II Nr. 2
Art. 10	Art. 1 (18) – Anhang II Nr. 3
Art. 11	Art. 1 (6) und Art. 1 (19) - Anhang III (Überschrift)
Art. 12	Art. 1 (19) - Anhang III Abschnitt IV
Art. 13	Art. 1 (6) und Art. 1 (19) - Anhang III Abschnitt V
Art. 14	Art. 1 (19) - Anhang III Abschnitt I
Art. 15	Art. 1 (19) - Anhang III Abschnitt II
Art. 16	Art. 1 (19) - Anhang III Abschnitt III
Art. 17	Art. 1 (7)
Art. 18	Art. 1 (7)
Art. 19	Art. 1 (8) und Art. 1 (11)
Art. 20	Art. 1 (13) a)
Art. 21	Art. 1 (13) b)
Art. 22	Art. 1 (16)
Art. 23	Art. 2 (1) Abs. 2

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Financiën en Begroting;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President, bevoegd voor Financiën en Begroting, is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET TOT WIJZIGING VAN HET DECREET VAN 13 NOVEMBER 2023 BETREFFENDE DE ADMINISTRATIEVE SAMENWERKING OP HET GEBIED VAN DE BELASTINGEN

INHOUD

Het ontwerp van decreet betreft een maatregel ter omzetting van Richtlijn (EU) 2023/2226 van de Raad van 17 oktober 2023 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen.

INHOUD

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	4
Voorontwerp.....	7
Concordantietabellen	29

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Dit decreet voorziet in de omzetting van *Richtlijn (EU) 2023/2226 van de Raad van 17 oktober 2023 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen*, die moet worden omgezet tegen 31 december 2025.

De Duitstalige Gemeenschap is bevoegd op grond van artikel 170, § 2, van de Grondwet, luidende:
"§ 2 – Geen belasting ten behoeve van de gemeenschap of het gewest kan worden ingevoerd dan door een decreet of een in artikel 134 bedoelde regel.
De wet bepaalt ten aanzien van de in het eerste lid bedoelde belastingen, de uitzonderingen waarvan de noodzakelijkheid blijkt."

De rapportage- en due diligence-verplichtingen waarin de Richtlijn voor inlichtingen over financiële rekeningen voorziet, vallen echter onder de reglementering van de financiële instellingen en zijn als dusdanig een federale bevoegdheid. Dat vloeit voort uit artikel 6, VI, vijfde lid, 2°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen.

De nieuwe wijziging van Richtlijn 2011/16/EU heeft onder andere tot doel:
- het toepassingsgebied van Richtlijn 2011/16/EU uit te breiden tot aanvullende inkomsten- en vermogenscategorieën, zoals cryptoactiva, op basis van het verslag van de Rekenkamer van 26 januari 2021;
- de regels inzake rapportage en uitwisseling van inlichtingen uit te breiden tot cryptoactiva en de gebruikers ervan. Tot nog toe hoefden de meeste cryptoactiva niet uit hoofde van Richtlijn 2011/16/EU te worden gerapporteerd omdat zij geen geld vormen dat op depositorekeningen of in financiële activa wordt aangehouden. Bovendien vallen zowel aanbieders van cryptoactivadiensten als exploitanten van cryptoactiva in de meeste gevallen niet onder de huidige definitie van financiële instelling in Richtlijn 2011/16/EU.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Dit artikel bevat de zogenoemde Europese clausule en verwijst naar de gewijzigde Richtlijn (EU) 2023/2226, die bij dit decreet wordt omgezet. In het bijzonder artikel 2, lid 1, van Richtlijn (EU) 2023/2226 wordt omgezet.

Artikel 2

Overeenkomstig artikel 2, lid 1, van Richtlijn (EU) 2023/2226 wordt de verwijzing naar Richtlijn (EU) 2023/2226 opgenomen in artikel 1 van het decreet van 13 november 2023.

Artikel 3

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 1, lid 1, van Richtlijn (EU) 2023/2226. Het begrip "voorafgaande grensoverschrijdende ruling' wordt gepreciseerd en de begrippen 'inkomsten uit dividenden zonder bewaarneming', 'levensverzekeringsproducten', 'distributed-ledger-adres' en 'cliënt' worden toegevoegd aan artikel 4 van het decreet van 13 november 2023 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen. Verder wordt het begrip "fiscaal identificatienummer' opgenomen, overeenkomstig de nieuwe bijlage VI, deel IV, onderdeel F, punt 7, ingevoegd bij bijlage III van Richtlijn (EU) 2023/2226.

Artikel 4

Dit artikel past artikel 12, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 aan. Daarbij worden inkomsten uit dividenden toegevoegd aan de inlichtingen die worden uitgewisseld in het kader van de verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen, overeenkomstig artikel 1, lid 2, van Richtlijn (EU) 2023/2226.

Artikel 5

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 1, lid 3, van Richtlijn (EU) 2023/2226. Paragrafen 3 en 5 van artikel 13 van het decreet van 13 november 2023 worden aangevuld om te preciseren in welke gevallen de voorafgaande grensoverschrijdende rulings niet worden verstrekt (§ 3) en wat de reikwijdte is van de uitgewisselde inlichtingen wanneer ze wel worden verstrekt (§ 5).

Artikel 6

Deze bepaling vult artikel 14 van het decreet van 13 november 2023 aan wat betreft de uitwisseling van inlichtingen in het geval van een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie overeenkomstig artikel 1, lid 4, van Richtlijn (EU) 2023/2226.

Artikel 7

Overeenkomstig artikel 1, lid 18, van Richtlijn (EU) 2023/2226, in het bijzonder bijlage II, punt 1, wordt artikel 15, derde lid, van het decreet van 13 november 2023 aangevuld met een bepaling onder 9°, die het begrip 'identificatiedienst' verduidelijkt.

Artikel 8

Deze bepaling voorziet in de omzetting van artikel 1, lid 5, van Richtlijn (EU) 2023/2226 en voegt een bepaling onder 13° toe aan artikel 16, § 2, van het decreet van 13 november 2023, dat betrekking heeft op de uitwisseling van inlichtingen die worden gerapporteerd door platformexploitanten.

Artikel 9

Overeenkomstig artikel 1, lid 18, van Richtlijn (EU) 2023/2226, in het bijzonder bijlage II, punt 2, wordt artikel 17, § 2, derde lid, van het decreet van 13 november 2023 opgeheven.

Artikel 10

Overeenkomstig artikel 1, lid 18, van Richtlijn (EU) 2023/2226, in het bijzonder bijlage II, punt 3, wordt artikel 18, § 2, aangevuld met een nieuwe bepaling onder 4°.

Artikelen 11 tot 16

De beschrijving van de reikwijdte en voorwaarden van de verplichte automatische uitwisseling van door rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten gerapporteerde inlichtingen die is opgenomen in artikel 1, lid 6, van Richtlijn (EU) 2023/2226, wordt overgenomen in het nieuwe artikel 18.2 van het decreet.

Bovendien voorziet deze bepaling in de omzetting van artikel 1, lid 19, van Richtlijn (EU) 2023/2226, in het bijzonder bijlage III, betreffende de rapportageverplichtingen, de due diligence-procedures en

andere regels voor rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten. De bijzondere definities worden opgenomen in het nieuwe artikel 18.1 en de maatregelen voor de doeltreffende uitvoering van deze verplichtingen in het nieuwe artikel 18.2. De algemene verplichtingen voor rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten worden duidelijk vastgelegd in artikel 18.3, terwijl hun rapportageverplichtingen worden vermeld in artikel 18.4 en hun due diligence-verplichtingen in artikel 18.5.

Artikelen 17 en 18

Deze bepalingen voorzien in de omzetting van artikel 1, lid 7, van Richtlijn (EU) 2023/2226. In artikel 29, § 2, 1°, van het decreet van 13 november 2023 worden de doeleinden waarvoor de inlichtingen kunnen worden gebruikt, aangevuld (*ook: douanerechten, de bestrijding van het witwassen van geld en van de financiering van terrorisme*).

In artikel 29, §§ 2 en 3, en artikel 30, tweede en derde lid, van het decreet van 13 november 2023, wordt aanvullend voorzien in een *gebruik voor elk doel dat onder een op artikel 215 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie gebaseerde handeling valt* en een verlenging van de termijn waarbinnen een bevoegde autoriteit zich kan verzetten tegen de doorgifte van de inlichtingen, tot 15 dagen.

Artikel 19

Deze bepaling voorziet in de omzetting van artikel 1, lid 8, van Richtlijn (EU) 2023/2226 en vult artikel 33 van het decreet van 13 november 2023 aan met een nieuw lid, om een doeltreffend mechanisme in te voeren voor het gebruik van inlichtingen overeenkomstig de artikelen 12 tot 16.1 en artikel 18.2, §§ 1 tot 7, van het decreet.

Artikel 20 en 21

Deze bepalingen voorzien in de omzetting van artikel 1, lid 7, a) en b), van Richtlijn (EU) 2023/2226 met betrekking tot de gegevensbescherming in dit verband. Daarbij wordt enerzijds artikel 39, § 2, van het decreet van 13 november 2023 met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens aangepast, om de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten toe te voegen (a). Anderzijds wordt artikel 40, § 4, van het decreet van 13 november 2023, waarin de gegevenscategorieën zijn vastgelegd, aangepast, om de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten toe te voegen (b).

Artikel 22

Overeenkomstig artikel 1, lid 16, van Richtlijn (EU) 2023/2226 wordt in het decreet van 13 november 2023 een nieuw artikel 45.1 ingevoegd over de rapportage en verstrekking van het fiscaal identificatienummer.

Artikel 23

Deze bepaling betreft de inwerkingtreding van het decreet, dat overeenkomstig artikel 1, lid 2, van Richtlijn (EU) 2023/2226 op 1 januari 2026 in werking moet treden.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 13 november 2023 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen

Artikel 1 – Dit decreet voorziet in de omzetting van Richtlijn (EU) 2023/2226 van de Raad van 17 oktober 2023 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen.

Art. 2 – Artikel 1 van het decreet van 13 november 2023 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van belastingen wordt aangevuld met een achtste streepje, luidende:

"- Richtlijn (EU) 2023/2226 van de Raad van 17 oktober 2023 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen."

Art. 3 – In artikel 4 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 11°, a) en b), wordt het getal "16" telkens vervangen door het getal "18.1";

2° in de bepaling onder 15°, d), worden de woorden "dan wel of een natuurlijke persoon al dan niet fiscaal ingezetene is van de lidstaat die de ruling afgeeft," ingevoegd tussen de woorden "vaste inrichting" en het woord "; en";

3° het artikel wordt aangevuld met de bepalingen onder 31° tot 35°, luidende:

"31° inkomsten uit dividenden zonder bewaarneming: dividenden of andere inkomsten die in de lidstaat van de betaler als dividenden worden behandeld en die worden betaald of bijgeschreven op een andere rekening dan een bewaarrekening als gedefinieerd in bijlage I, deel VIII, onderdeel C, punt 3, van Richtlijn 2011/16/EU;

32° levensverzekeringsproducten die niet onder andere rechtsinstrumenten van de Unie inzake inlichtingenuitwisseling en andere soortgelijke maatregelen vallen: verzekeringscontracten, met uitzondering van kapitaalverzekeringen die op grond van bijlage I, deel I, van Richtlijn 2011/16/EU moeten worden gerapporteerd, waarbij uitkeringen uit hoofde van de overeenkomsten verschuldigd zijn bij overlijden van een polishouder;

33° distributed-ledger-adres: distributed-ledger-adres als bedoeld in Verordening (EU) 2023/1114 van het Europees Parlement en de Raad;

34° cliënt: voor de toepassing van artikel 14 elke intermediair of relevante belastingplichtige die diensten, met inbegrip van bijstand, advies, raad of begeleiding, ontvangt van een tot het juridisch beroepsgeheim gehouden intermediair met betrekking tot een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie;

35° identificatienummer: het fiscaal identificatienummer of functioneel equivalent bij gebreke van een fiscaal identificatienummer. Het fiscaal identificatienummer is elk nummer of elke code die een bevoegde autoriteit gebruikt om een belastingplichtige te identificeren."

Art. 4 – In artikel 12 van hetzelfde decreet wordt het eerste lid aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende:

"7° inkomsten uit dividenden zonder bewaarneming, met uitzondering van inkomsten uit dividenden die zijn vrijgesteld van vennootschapsbelasting overeenkomstig artikel 4, 5 of 6 van Richtlijn 2011/96/EU van de Raad."

Art. 5 – In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 – De paragrafen 1 en 2 zijn niet van toepassing in gevallen waarin een voorafgaande grensoverschrijdende ruling uitsluitend betrekking heeft op belastingaangelegenheden van een of meer natuurlijke personen, tenzij een dergelijke voorafgaande grensoverschrijdende ruling na 1 januari 2026 is afgegeven, gewijzigd of hernieuwd, en:

1° het bedrag van de transactie of reeks transacties van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling groter is dan 1.500.000 euro of het equivalent daarvan in een andere valuta, indien dat bedrag wordt vermeld in de voorafgaande grensoverschrijdende ruling; of

2° de voorafgaande grensoverschrijdende ruling bepaalt of een persoon al dan niet fiscaal ingezetene is van de lidstaat die de ruling afgeeft.

Voor de toepassing van het eerste lid, 1°, en onverminderd het in de voorafgaande grensoverschrijdende ruling bedoelde bedrag, omvat het bedrag van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling bij een reeks transacties met betrekking tot verschillende goederen, diensten of activa, de totale onderliggende waarde. De bedragen worden niet geaggregeerd indien dezelfde goederen, diensten of activa meerdere malen worden verhandeld.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid, 2°, vallen voorafgaande grensoverschrijdende rulings inzake bronbelasting op inkomsten uit arbeid, tantièmes en presentiegelden of pensioenen van niet-ingezetenen niet onder de uitwisseling van inlichtingen over voorafgaande grensoverschrijdende rulings met betrekking tot natuurlijke personen.";

2° in § 5, 1°, worden de woorden "tenzij de voorafgaande grensoverschrijdende ruling betrekking heeft op een natuurlijke persoon en overeenkomstig de paragrafen 1 en 3 wordt verstrekt," ingevoegd tussen de woorden "natuurlijke persoon," en het woord "en";

3° in § 5, 9°, worden de woorden "tenzij de voorafgaande grensoverschrijdende ruling betrekking heeft op een natuurlijke persoon en overeenkomstig de paragrafen 1 en 3 wordt verstrekt," ingevoegd tussen de woorden "natuurlijke personen," en het woord "in" en worden de woorden "op wie de voorafgaande grensoverschrijdende ruling" vervangen door de woorden "waarop de voorafgaande grensoverschrijdende ruling of de voorafgaande verrekenprijsafspraak".

Art. 6 – In artikel 14 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 5 worden de woorden "andere intermediairs of, bij gebreke daarvan, de relevante belastingplichtige onverwijld in kennis van de verplichting tot verstrekking van inlichtingen overeenkomstig paragraaf 6" vervangen door de woorden "die ontheffing is verleend, hun cliënt, indien deze een intermediair is, of, bij gebreke daarvan, indien die cliënt de relevante belastingplichtige is, onverwijld in kennis van zijn meldingsverplichtingen uit hoofde van paragraaf 6";

2° in § 13, 1°, worden de woorden ", met uitzondering van intermediairs die op grond van het juridisch beroepsgeheim van de meldingsplicht vrijgesteld zijn overeenkomstig paragraaf 5," ingevoegd tussen de woorden "van intermediairs" en de woorden "en relevante belastingplichtigen";

3° in § 13, 3°, worden de woorden "omschrijving van de relevante zakelijke activiteiten of constructies, in algemene bewoordingen gesteld" vervangen door de woorden "beschrijving van de relevante constructies, alsook alle andere inlichtingen die voor de bevoegde autoriteit van belang kunnen zijn bij het beoordelen van een mogelijk belastingrisico".

Art. 7 – Artikel 15, derde lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een bepaling onder 9°, luidende:

"9° identificatiedienst: een elektronisch proces dat door een lidstaat of de Unie kosteloos ter beschikking wordt gesteld van een rapporterende platformexploitant met het oog op de vaststelling van de identiteit en de fiscale woonplaats van een verkoper."

Art. 8 – Artikel 16, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een bepaling onder 13°, luidende:

"13° de identificatiecode van de identificatiedienst en de lidstaat van afgifte, indien de rapporterende platformexploitant gebruikmaakt van een directe bevestiging van de identiteit en woonplaats van de verkoper via een door een lidstaat of de Unie ter beschikking gestelde identificatiedienst om de identiteit en fiscale woonplaats van de verkoper vast te stellen. In dat geval is het niet nodig aan de lidstaat van afgifte van de identificatiecode van de identificatiedienst de in 3° tot en met 7° bedoelde inlichtingen te verstrekken."

Art. 9 – In artikel 17, § 2, van hetzelfde decreet wordt het derde lid opgeheven.

Art. 10 – Artikel 18, § 2, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° niettegenstaande het bepaalde in 2°, a), en 3°, a), wordt de rapporterende platformexploitant niet verplicht de inlichtingen bedoeld in artikel 17, § 2, te verzamelen indien hij rapporteert aan een bevoegde autoriteit die gebruikmaakt van een identificatiedienst en van een directe bevestiging van de identiteit en de woonplaats van de verkoper via een identificatiedienst die door een lidstaat of de Unie beschikbaar is gesteld om de identiteit en alle fiscale woonplaatsen van de verkoper vast te stellen. Indien de rapporterende platformexploitant gebruik heeft gemaakt van een identificatiedienst om de identiteit en alle fiscale woonplaatsen van een te rapporteren verkoper vast te stellen, worden de naam, de identificatiecode(s) van de identificatiedienst en de lidstaat/lidstaten van afgifte gerapporteerd."

Art. 11 – In hoofdstuk 2, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een onderafdeling 3 ingevoegd die de artikelen 18.1 tot 18.5 bevat, luidende:

"*Onderafdeling 3 - Door rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten gerapporteerde inlichtingen*".

Art. 12 – In hoofdstuk 2, afdeling 2, onderafdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 18.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 18.1 – Bijzondere definities

§ 1 – Voor de toepassing van dit decreet wordt met betrekking tot te rapporteren cryptoactivum verstaan onder:

1° cryptoactivum: een cryptoactivum zoals gedefinieerd in artikel 3, lid 1, punt 5, van Verordening (EU) 2023/1114;

2° digitale centralebankmunt: elke digitale fiduciaire valuta die door een centrale bank of een andere monetaire autoriteit wordt uitgegeven;

3° centrale bank: een instelling die bij wet of bij goedkeuring van de overheid de belangrijkste autoriteit is, naast de regering van het rechtsgebied zelf, die middelen uitgeeft die bedoeld zijn om te circuleren als geld. Een dergelijke instelling kan ook een instantie omvatten die los staat van de regering van het rechtsgebied en al dan niet geheel of gedeeltelijk tot het rechtsgebied behoort;

4° te rapporteren cryptoactivum: elk cryptoactivum anders dan een digitale centralebankmunt, elektronisch geld of een cryptoactivum waarvoor de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten afdoende heeft vastgesteld dat het niet kan worden gebruikt voor betalings- of beleggingsdoeleinden;

5° elektronisch geld: elk cryptoactivum dat:

a) een digitale weergave is van één fiduciaire valuta;

b) wordt uitgegeven bij ontvangst van financiële middelen met het oog op het verrichten van betalingstransacties;

c) wordt vertegenwoordigd door een vordering op de uitgevende instantie in dezelfde fiduciaire valuta;

d) ter betaling wordt aanvaard door een andere natuurlijke of rechtspersoon dan de uitgevende instantie; en

e) op grond van de wettelijke voorschriften waaraan de uitgevende instantie is onderworpen, op verzoek van de houder van het product te allen tijde en tegen nominale waarde tegen dezelfde fiduciaire valuta kan worden ingewisseld. De term 'elektronisch geld' omvat niet een product dat uitsluitend is gecreëerd om geldovermakingen van een klant naar een andere persoon overeenkomstig de instructies van de klant te faciliteren. Een product wordt niet uitsluitend gecreëerd om geldovermakingen te faciliteren indien, in het kader van de normale bedrijfsuitoefening van de overmakende entiteit, de met dat product verband houdende gelden langer dan zestig dagen na

ontvangst van instructies voor het faciliteren van de overmaking worden aangehouden, of, indien er geen instructies worden ontvangen, de gelden in verband met dat product langer dan zestig dagen na ontvangst van de gelden worden aangehouden.

§ 2 – Voor de toepassing van dit decreet wordt met betrekking tot rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten verstaan onder:

1° aanbieder van cryptoactivadiensten: een aanbieder van cryptoactivadiensten als gedefinieerd in artikel 3, lid 1, punt 15, van Verordening (EU) 2023/1114;

2° exploitant van cryptoactiva: een andere verstrekker van cryptoactivadiensten dan een aanbieder van cryptoactivadiensten;

3° rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten: elke aanbieder van cryptoactivadiensten en elke exploitant van cryptoactiva die een of meer cryptoactivadiensten verricht waarbij namens een te rapporteren gebruiker wisseltransacties worden uitgevoerd;

4° cryptoactivadiensten: cryptoactivadiensten als gedefinieerd in artikel 3, lid 1, punt 16, van Verordening (EU) 2023/1114, met inbegrip van staking en uitlenen.

§ 3 – Voor de toepassing van dit decreet wordt met betrekking tot te rapporteren transactie verstaan onder:

1° te rapporteren transactie:

a) een wisseltransactie; en

b) een overdracht van te rapporteren cryptoactiva;

2° wisseltransactie:

a) wisselen tussen te rapporteren cryptoactiva en fiduciaire valuta's; en

b) wisselen tussen een of meer vormen van te rapporteren cryptoactiva;

3° te rapporteren retailbetalingstransactie: een overdracht van te rapporteren cryptoactiva als tegenprestatie voor goederen of diensten ter waarde van meer dan 50.000 USD of het equivalent daarvan in een andere valuta;

4° overdracht: een transactie waarbij een te rapporteren cryptoactivum wordt verplaatst van of naar een ander adres of een andere rekening voor cryptoactiva van één gebruiker van cryptoactiva dan een adres dat of een rekening die door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten namens dezelfde gebruiker van cryptoactiva wordt beheerd, waarbij de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten, op basis van de kennis waarover deze op het moment van de transactie beschikt, niet kan bepalen of de transactie al dan niet een wisseltransactie is;

5° fiduciaire valuta: de officiële valuta van een rechtsgebied, uitgegeven door een rechtsgebied of een door een rechtsgebied aangewezen centrale bank of monetaire autoriteit, vertegenwoordigd door fysieke bankbiljetten of munten of door geld in verschillende digitale vormen, waaronder bankreserves en digitale centralebankmunten. De term omvat ook commerciële-bankgeld en elektronisch-geldproducten (elektronisch geld).

§ 4 – Voor de toepassing van dit decreet wordt met betrekking tot te rapporteren gebruiker verstaan onder:

1° te rapporteren gebruiker: een gebruiker van cryptoactiva die een in een lidstaat woonachtige te rapporteren persoon is;

2° gebruiker van cryptoactiva: een natuurlijke persoon of een entiteit die een klant is van een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten met het oog op het verrichten van te rapporteren transacties. Een natuurlijke persoon of entiteit, niet zijnde een financiële instelling of een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten, die als gebruiker van cryptoactiva ten behoeve of voor rekening van een andere natuurlijke persoon of entiteit optreedt als agent, bewaarnemer, gevolmachtigde, ondertekenaar, beleggingsadviseur of tussenpersoon, wordt niet behandeld als een gebruiker van cryptoactiva, en die andere natuurlijke persoon of entiteit wordt als de gebruiker van cryptoactiva behandeld. Indien een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten voor of namens een handelaar te rapporteren retailbetalingstransacties verricht, behandelt de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten de klant die de tegenpartij is van de handelaar voor die te

rapporteren retailbetalingstransacties, ook als gebruiker van cryptoactiva met betrekking tot die te rapporteren retailbetalingstransacties, op voorwaarde dat de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten uit hoofde van binnenlandse antiwitwasregels verplicht is de identiteit van die klant te verifiëren in het kader van de te rapporteren retailbetalingstransactie;

3° gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is: een gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is;

4° bestaande gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is: een gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is die per 31 december 2025 een relatie met de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten heeft;

5° gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is: een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is;

6° bestaande gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is: een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is die per 31 december 2025 een relatie met de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten heeft;

7° te rapporteren persoon: een andere persoon van een lidstaat dan een uitgesloten persoon;

8° persoon van een lidstaat: met betrekking tot elke lidstaat een entiteit of een natuurlijke persoon die een ingezetene is van een lidstaat op grond van de fiscale wetgeving van die lidstaat, of een nalatenschap van een erflater die een ingezetene was van een lidstaat. Voor dat doel wordt een entiteit zoals een samenwerkingsverband, een samenwerkingsverband met beperkte aansprakelijkheid of een soortgelijke juridische constructie zonder fiscale woonplaats, behandeld als een ingezetene van het rechtsgebied waar de plaats van de feitelijke leiding ervan is gelegen;

9° uiteindelijk belanghebbenden: de natuurlijke personen die zeggenschap uitoefenen over een entiteit. In het geval van trusts worden hieronder verstaan de insteller(s) van een trust, de trustees, de eventuele protector(en), de begunstigde(n) of categorie(ën) begunstigden en eventuele andere natuurlijke personen die de uiteindelijke feitelijke zeggenschap uitoefenen over de trust en in het geval van andere juridische overeenkomsten dan een trust worden hieronder verstaan personen in dezelfde of een vergelijkbare positie. De term 'uiteindelijk belanghebbenden' wordt uitgelegd op een wijze die strookt met de term 'uiteindelijk begunstigde' als gedefinieerd in artikel 3, punt 6, van Richtlijn (EU) 2015/849 voor zover het rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten betreft;

10° actieve entiteit: een entiteit die voldoet aan een van de volgende criteria:

a) minder dan 50% van de bruto-inkomsten van de entiteit in het voorgaande kalenderjaar of een andere relevante rapportageperiode bestaat uit passieve inkomsten en minder dan 50% van de activa van de entiteit gedurende het voorgaande kalenderjaar of een andere relevante rapportageperiode bestaat uit activa die passieve inkomsten genereren of die worden aangehouden voor het genereren van passieve inkomsten;

b) een substantieel deel van de activiteiten van de entiteit bestaat uit het (geheel of gedeeltelijk) aanhouden van de geplaatste aandelen van, of het verschaffen van financiering en diensten aan, een of meer dochterondernemingen die betrokken zijn bij handels- of bedrijfsactiviteiten anders dan die van een financiële instelling, met dien verstande dat een entiteit niet in aanmerking komt voor deze status indien de entiteit fungeert (of zich presenteert) als een beleggingsfonds, zoals een private equity-fonds, durfkapitaalfonds, een overnamefonds dat met schulden wordt gefinancierd of een beleggingsvehikel met het doel ondernemingen te verwerven of te financieren en bij wijze van belegging daarin vervolgens belangen aan te houden als vermogensbestanddelen;

c) de entiteit oefent nog geen bedrijfsactiviteiten uit en heeft dat ook in het verleden niet gedaan, maar investeert vermogen in activa teneinde bedrijfsactiviteiten uit te oefenen anders dan die van een financiële instelling, op voorwaarde dat de entiteit 24 maanden na de datum van haar oprichting niet in aanmerking komt voor deze uitzondering;

d) de entiteit was gedurende de voorgaande vijf jaar geen financiële instelling en is bezig met de liquidatie van haar activa of met een reorganisatie teneinde de activiteiten voort te zetten of te hervatten, niet zijnde die van een financiële instelling;

e) de entiteit is voornamelijk betrokken bij financierings- en hedgingtransacties met of voor gelieerde entiteiten die geen financiële instellingen zijn en verschaft geen financiering of hedgingdiensten aan een entiteit die geen gelieerde entiteit is, mits de groep van dergelijke gelieerde

entiteiten voornamelijk betrokken is bij bedrijfsactiviteiten anders dan die van een financiële instelling; of

f) de entiteit voldoet aan alle volgende vereisten:

- zij is opgericht in het rechtsgebied waarvan zij een ingezetene is en wordt aldaar uitsluitend geëxploiteerd voor religieuze, charitatieve, wetenschappelijke, artistieke, culturele, sportieve of educatieve doeleinden, of zij is opgericht in het rechtsgebied waarvan zij een ingezetene is en wordt aldaar geëxploiteerd als een professionele organisatie, bedrijfsvereniging, kamer van koophandel, arbeidsorganisatie, land- of tuinbouworganisatie, burgerorganisatie of als een organisatie uitsluitend ter bevordering van het sociale welzijn;

- zij is in het rechtsgebied waarvan zij een ingezetene is, vrijgesteld van inkomstenbelasting;

- zij heeft geen aandeelhouders of leden die als eigenaar of rechthebbende aanspraak kunnen maken op haar inkomsten of activa;

- de toepasselijke wetgeving van het rechtsgebied waarvan de entiteit een ingezetene is of haar oprichtingsakten staan niet toe dat inkomsten of activa van de entiteit worden verdeeld onder of aangewend ten behoeve van een particulier of een niet-charitatieve entiteit anders dan in het kader van de charitatieve activiteiten van de entiteit of ter betaling van een redelijke vergoeding voor verleende diensten of als betaling die een reële marktwaarde vertegenwoordigt voor activa die de entiteit heeft verworven; en

- de toepasselijke wetgeving van het rechtsgebied waarvan de entiteit een ingezetene is of haar oprichtingsakten vereisen dat bij liquidatie of opheffing van de entiteit al haar activa worden overgedragen aan een overheidsinstantie of een andere non-profitorganisatie of vervallen aan de overheid van het rechtsgebied waarvan de entiteit een ingezetene is of een staatkundig onderdeel daarvan.

§ 5 – Voor de toepassing van dit decreet wordt met betrekking tot uitgesloten persoon verstaan onder:

1° uitgesloten persoon:

a) een entiteit waarvan de aandelen regelmatig worden verhandeld op een of meer erkende effectenbeurzen;

b) een entiteit die een gelieerde entiteit is van een onder a) omschreven entiteit;

c) een overheidsinstantie;

d) een internationale organisatie;

e) een centrale bank; of

f) een financiële instelling anders dan een beleggingsentiteit omschreven in 5°, b);

2° financiële instelling: een bewaarinstelling, een instelling die deposito's neemt, een beleggingsentiteit of een omschreven verzekeringsmaatschappij;

3° bewaarinstelling: een entiteit die voor rekening van derden financiële activa in bewaring houdt als een wezenlijk deel van haar bedrijfsactiviteiten. Een entiteit houdt financiële activa voor rekening van derden als wezenlijk deel van haar bedrijfsactiviteiten, wanneer haar bruto-inkomsten die verband houden met het houden van financiële activa en het verlenen van de bijbehorende financiële diensten gelijk zijn aan of groter zijn dan 20% van de bruto-inkomsten van de entiteit gedurende:

a) de periode van drie jaar die eindigt op 31 december (of de laatste dag van het boekjaar indien dat niet gelijkloopt met het kalenderjaar) voorafgaand aan het jaar waarin de vaststelling gebeurt; of

b) de bestaansperiode van de entiteit, indien deze korter is;

4° instelling die deposito's neemt: een entiteit die:

a) opvorderbare gelden verkrijgt in het kader van de normale uitoefening van het bankbedrijf of een daarmee vergelijkbaar bedrijf; of

b) elektronisch geld of digitale centralebankmunten ten behoeve van klanten aanhoudt;

5° beleggingsentiteit: een entiteit:

a) met als voornaamste bedrijfsactiviteit het voor of namens een klant uitvoeren van een of meer van de volgende activiteiten of transacties:

- handel in geldmarktinstrumenten (cheques, wissels, depositobewijzen, derivaten enz.), vreemde valuta's, wisselkoersen, rentepercentage- en indexinstrumenten, overdraagbare effecten, of goederentermijnhandel;

- beheren van een individueel vermogen en collectief portefeuillebeheer; of

- andere vormen van beleggen, administreren of beheren van financiële activa, geld of te rapporteren cryptoactiva ten behoeve van derden; of

b) met een bruto-inkomen dat hoofdzakelijk is toe te rekenen aan beleggen, herbeleggen of handel in financiële activa of te rapporteren cryptoactiva, indien de entiteit wordt beheerd door een andere entiteit die een instelling is die deposito's neemt, een bewaarinstelling, een omschreven verzekeringsmaatschappij of een beleggingsentiteit omschreven onder a);

Een entiteit wordt behandeld als een entiteit met als bedrijfsactiviteit hoofdzakelijk het uitvoeren van een of meer van de onder a) vermelde activiteiten, of haar bruto-inkomen is hoofdzakelijk toe te rekenen aan beleggen, herbeleggen of handel in financiële activa of te rapporteren cryptoactiva voor de onder b) bedoelde doelen, als de bruto-inkomsten van de entiteit die verband houden met deze activiteiten, gelijk zijn aan of groter zijn dan 50% van de bruto-inkomsten van de entiteit gedurende:

- de periode van drie jaar die eindigt op 31 december van het jaar voorafgaand aan het jaar waarin de vaststelling gebeurt; of

- de bestaansperiode van de entiteit, indien deze korter is.

Voor de toepassing van a), derde streepje, omvat de term 'andere vormen van het beleggen, administreren of beheren van financiële activa, geld of te rapporteren cryptoactiva ten behoeve van derden' niet het verrichten van wisseltransacties voor of namens klanten. De term 'beleggingsentiteit' heeft niet betrekking op een entiteit die een actieve entiteit is omdat zij voldoet aan een van de criteria van § 4, 10°, b) tot en met e).

Deze paragraaf wordt uitgelegd op een wijze die verenigbaar is met de gelijkwaardige bewoordingen in de definitie van 'financiële instelling' in artikel 3, punt 2, van Richtlijn (EU) 2015/849;

6° omschreven verzekeringsmaatschappij: een entiteit die een verzekeringsmaatschappij is (of de houdstermaatschappij van een verzekeringsmaatschappij) die een kapitaalverzekering of lijfrenteverzekering aanbiedt of verplicht is tot het betalen van uitkeringen uit hoofde van een kapitaalverzekering of lijfrenteverzekering;

7° overheidsinstantie: de regering van een rechtsgebied, een staatkundig onderdeel van een rechtsgebied (voor alle duidelijkheid, met inbegrip van een staat, provincie, district of gemeente), of een volledig tot een rechtsgebied of een of meer van de voorgaande overheidsinstanties behorend(e) instantie of agentschap. Deze categorie bestaat uit de integrale delen, entiteiten waarover zeggenschap wordt uitgeoefend, en de staatkundige onderdelen van een rechtsgebied. Daarbij moet worden verstaan onder:

a) integraal deel van een rechtsgebied: elk(e) persoon, organisatie, agentschap, bureau, fonds, instantie of een ander lichaam, ongeacht de benaming, die/dat een bestuursautoriteit van een rechtsgebied vormt. De netto-inkomsten van de bestuursautoriteit moeten worden gecrediteerd naar de eigen rekening of naar andere rekeningen van het rechtsgebied, zonder dat er een deel ten goede komt van een particulier. Een integraal deel omvat niet een natuurlijke persoon die een staatshoofd, ambtenaar of bestuurder is, handelend als privépersoon of op persoonlijke titel;

b) entiteit waarover zeggenschap wordt uitgeoefend: een entiteit die formeel apart staat van het rechtsgebied, of die anderszins een afzonderlijke juridische entiteit vormt, op voorwaarde dat:

- de entiteit volledig behoort tot en volledig onder de zeggenschap staat van een of meer overheidsinstanties, rechtstreeks of via een of meer entiteiten waarover zeggenschap wordt uitgeoefend;

- de netto-inkomsten van de entiteit worden gecrediteerd naar de eigen rekening of de rekeningen van een of meer overheidsinstanties, zonder dat een deel ervan ten goede komt aan een particulier; en

- de activa van de entiteit bij ontbinding toekomen aan een of meer overheidsinstanties;

c) inkomsten komen niet ten goede van particulieren als deze personen de beoogde begunstigden zijn van een overheidsprogramma, en de programma-activiteiten voor het grote publiek worden uitgevoerd met betrekking tot het gemeenschappelijke welzijn of betrekking hebben op de

administratie van een onderdeel van de overheid. Niettegenstaande het voorgaande worden inkomsten evenwel geacht ten goede te komen van particulieren als de inkomsten voortkomen uit het gebruik van een overheidsinstantie voor het voeren van een commercieel bedrijf, zoals commerciële-bankactiviteiten, dat financiële diensten verleent aan particulieren;

8° internationale organisatie: iedere internationale organisatie of een agentschap of instantie daarvan dat/die daar volledig toe behoort. Tot deze categorie behoort iedere intergouvernementele organisatie (en ook een supranationale organisatie):

a) die voornamelijk bestaat uit regeringen;

b) die daadwerkelijk een hoofdzetelovereenkomst of soortgelijke overeenkomst heeft met het rechtsgebied; en

c) waarvan de inkomsten niet ten goede komen van particulieren;

9° financiële activa: effecten (bijvoorbeeld een aandeel in een vennootschap, partnerschap of uiteindelijk belang in een breed opgezet of een beursgenoteerd samenwerkingsverband of een trust, waardepapier, obligatie, schuldbewijs of andere bewijzen van schuldenlast), partnerschapsbelang, commodity, swap (bijvoorbeeld renteswaps, valutaswaps, basisswaps, interest rate caps, interest rate floors, commodity swaps, equity swaps, equity index swaps en soortgelijke overeenkomsten), verzekeringscontract of lijfrenteverzekering of enig belang (inclusief een termijncontract of optie) in een zekerheid, te rapporteren cryptoactivum, partnerschapsbelang, commodity, swap, verzekeringscontract of lijfrenteverzekering. De term 'financiële activa' omvat niet een direct belang, buiten de vreemdvermogenssfeer, in een onroerend goed;

10° aandelenbelang: in het geval van een samenwerkingsverband dat een financiële instelling is, een kapitaalbelang of een winstaandeel in het samenwerkingsverband. In het geval van een trust die een financiële instelling is, wordt een aandelenbelang geacht te worden aangehouden door degene die optreedt als insteller of begunstigde van de volledige trust of een deel ervan of door een derde natuurlijke persoon die uiteindelijk de feitelijke zeggenschap uitoefent over de trust. Een te rapporteren persoon wordt behandeld als begunstigde van een trust indien de te rapporteren persoon gerechtigd is rechtstreeks of middellijk (bijvoorbeeld via een gevolmachtigde) een verplichte uitkering te ontvangen of rechtstreeks of middellijk een discretionaire uitkering kan ontvangen uit de trust;

11° verzekeringsovereenkomst: een overeenkomst (anders dan een lijfrenteverzekering) uit hoofde waarvan de uitgevende instantie zich verplicht een bedrag uit te keren indien zich een omschreven gebeurtenis voordoet aangaande overlijden, ziekte, ongeval, aansprakelijkheid of vermogensrisico's;

12° lijfrenteverzekering: een overeenkomst uit hoofde waarvan de uitgevende instantie zich verplicht uitkeringen te verstrekken gedurende een tijdvak dat geheel of gedeeltelijk wordt vastgesteld op basis van de levensverwachting van een of meer natuurlijke personen. De term omvat voorts een overeenkomst die in overeenstemming met de wet- of regelgeving of die in de praktijk in de lidstaat of het andere rechtsgebied waar de overeenkomst is gesloten wordt aangemerkt als lijfrenteverzekering en uit hoofde waarvan de uitgevende instantie zich verplicht gedurende een aantal jaren uitkeringen te verstrekken;

13° kapitaalverzekering: een verzekeringsovereenkomst (anders dan een herverzekeringsovereenkomst gericht op schadeloosstelling tussen twee verzekeringsmaatschappijen) met een geldswaarde;

14° geldswaarde:

a) het bedrag waarop de houder van de polis aanspraak kan maken bij afkoop of beëindiging van de overeenkomst (vastgesteld zonder aftrek van een annuleringsvergoeding of polisbelening); en

b) het bedrag dat de polishouder kan lenen uit hoofde van of ter zake van de overeenkomst, indien dat groter is dan het eerste bedrag. Niettegenstaande het voorgaande is 'geldswaarde' niet een bedrag dat verschuldigd is uit hoofde van een verzekeringsovereenkomst:

- uitsluitend wegens het overlijden van een persoon, verzekerd in het kader van een levensverzekeringsovereenkomst;

- als een invaliditeits-, ongevals- of ziekte-uitkering of een andere uitkering wegens economische verliezen door het optreden van de verzekerde gebeurtenis;

- als een teruggave aan de polishouder van een eerder betaalde premie, minus de kosten van verzekeringsheffingen al dan niet daadwerkelijk opgelegd, uit hoofde van een

verzekeringsovereenkomst, anders dan een aan beleggingen gekoppelde levensverzekering of lijfrenteverzekering, vanwege opzegging of beëindiging van de overeenkomst, afname van het risico gedurende de looptijd van de overeenkomst, of voortvloeiend uit de correctie na de publicatie van onjuiste premies of soortgelijke fouten;

- als resultaatdeling voor polishouders, niet bij beëindiging, mits de resultaatdeling verband houdt met een verzekeringsovereenkomst volgens welke de enige betaalbare uitkeringen worden omschreven onder b); of

- als een teruggave van een voorschotpremie of een vooruitbetaalde premie voor een verzekeringsovereenkomst waarvoor de premie op zijn minst jaarlijks betaalbaar is als het bedrag van het voorschot of de vooruitbetaling niet hoger is dan de volgende jaarlijkse premie die volgens de overeenkomst betaalbaar wordt.

§ 6 – Voor de toepassing van dit decreet wordt verder verstaan onder:

1° due diligence-procedures voor klanten: due diligence-procedures voor klanten van een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten overeenkomstig Richtlijn (EU) 2015/849 of soortgelijke vereisten waaraan een dergelijke rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten is onderworpen;

2° entiteit: een rechtspersoon of een juridische constructie, zoals een vennootschap, samenwerkingsverband, trust of stichting;

3° een entiteit is een 'gelieerde entiteit' van een andere entiteit indien een van de entiteiten de andere beheerst, of indien beide entiteiten onder een gemeenschappelijk zeggenschap vallen. Daartoe wordt onder zeggenschap mede verstaan de directe of indirecte eigendom van meer dan 50% van het aantal stemmen en het vermogen in een entiteit;

4° bijkantoor: een eenheid, bedrijf of kantoor van een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die/dat wordt behandeld als een bijkantoor krachtens de regelgeving van een rechtsgebied of die/dat anderszins onder de wetgeving van een rechtsgebied valt als gescheiden van andere kantoren, eenheden of bijkantoren van de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten. Alle eenheden, bedrijven of kantoren van een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten in één rechtsgebied worden als één bijkantoor behandeld;

5° van kracht zijnde adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten: een overeenkomst tussen de bevoegde autoriteiten van een lidstaat en een niet-Unierechtsgebied, op grond waarvan de automatische uitwisseling plaatsvindt van inlichtingen die gelijkwaardig zijn aan die welke in artikel 18.4, § 2, zijn gespecificeerd, zoals bevestigd in een uitvoeringshandeling overeenkomstig artikel 8 bis quinquies, lid 11, van Richtlijn 2011/16/EU;

6° gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied: een niet-Unierechtsgebied dat beschikt over een van kracht zijnde adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten met de bevoegde autoriteiten van alle lidstaten die in een door dit niet-Unierechtsgebied gepubliceerde lijst zijn aangemerkt als te rapporteren rechtsgebieden;

7° fiscaal identificatienummer: het fiscaal identificatienummer of functioneel equivalent bij gebreke van een fiscaal identificatienummer. Het fiscaal identificatienummer is elk nummer of elke code die een bevoegde autoriteit gebruikt om een belastingplichtige te identificeren;

8° identificatiedienst: een elektronisch proces dat door een lidstaat of de Unie kosteloos ter beschikking wordt gesteld van een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten met het oog op de vaststelling van de identiteit en de fiscale woonplaats van een gebruiker van cryptoactiva;

9° Verordening (EU) 2023/1114: Verordening (EU) 2023/1114 van het Europees Parlement en de Raad van 31 mei 2023 betreffende cryptoactivamarkten en tot wijziging van Verordeningen (EU) nr. 1093/2010 en (EU) nr. 1095/2010 en Richtlijnen 2013/36/EU en (EU) 2019/1937;

10. Richtlijn (EU) 2015/849: Richtlijn (EU) 2015/849 van het Europees Parlement en de Raad van 20 mei 2015 inzake de voorkoming van het gebruik van het financiële stelsel voor het witwassen van geld of terrorismefinanciering, tot wijziging van Verordening (EU) nr. 648/2012 van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Richtlijn 2005/60/EG van het Europees Parlement en de Raad en Richtlijn 2006/70/EG van de Commissie."

Art. 13 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 18.2 ingevoegd, luidende:
"*Art. 18.2 – Reikwijdte en voorwaarden*

§ 1 – De rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten voldoen aan de rapportageverplichtingen en voeren de due diligence-procedures uit die zijn vastgesteld in de artikelen 18.4 en 18.5, beide overeenkomstig paragraaf 4.

§ 2 – Overeenkomstig de toepasselijke rapportageverplichtingen en due diligence-procedures overeenkomstig de artikelen 18.4 en 18.5 verstrekt de bevoegde autoriteit, indien de rapportage heeft plaatsgevonden overeenkomstig paragraaf 1, de in paragraaf 3 gespecificeerde inlichtingen automatisch en binnen de in paragraaf 6 vastgestelde termijn aan de bevoegde autoriteiten van de betrokken lidstaten overeenkomstig de krachtens artikel 21 vastgestelde praktische regelingen.

§ 3 – De bevoegde autoriteit verstrekt de volgende inlichtingen met betrekking tot elke te rapporteren persoon:

1° de naam, het adres, de lidstaat/lidstaten van verblijf, het fiscaal identificatienummer / de fiscale identificatienummers en, in het geval van een natuurlijke persoon, de geboortedatum en -plaats van elke te rapporteren gebruiker en, in het geval van een entiteit waarvan, na toepassing van de in artikel 18.5 vastgestelde due diligence-procedures, wordt vastgesteld dat zij een of meer te rapporteren personen als uiteindelijk belanghebbenden heeft, de naam, het adres, de lidstaat/lidstaten van verblijf en het fiscaal identificatienummer / de fiscale identificatienummers van de entiteit en de naam, het adres, de lidstaat/lidstaten van verblijf, het fiscaal identificatienummer / de fiscale identificatienummers en de geboortedatum en -plaats van elke uiteindelijk belanghebbende van de entiteit die een te rapporteren persoon is, alsmede de rol(len) op grond waarvan elk van die te rapporteren personen een uiteindelijk belanghebbende van de entiteit is;

Niettegenstaande het bepaalde in 1°, eerste lid, omvatten, wanneer de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten voor de vaststelling van de identiteit en fiscale woonplaats van de te rapporteren persoon gebruikmaakt van een directe bevestiging van de identiteit en woonplaats van de te rapporteren persoon via een door een lidstaat of de Unie ter beschikking gestelde identificatiedienst, de aan de lidstaat van afgifte te verstrekken inlichtingen met betrekking tot de te rapporteren persoon de naam, de identificatiecode van de identificatiedienst en de lidstaat van afgifte, alsmede de rol(len) op grond waarvan elke te rapporteren persoon een uiteindelijk belanghebbende van de entiteit is;

2° de naam, het adres, het fiscaal identificatienummer en, indien beschikbaar, het in § 6, 3°, bedoelde individuele identificatienummer en de mondiale identificatiecode voor juridische entiteiten van de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten;

3° voor elke soort te rapporteren cryptoactivum dat deel uitmaakt van door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten gedurende het betrokken kalenderjaar of een andere relevante rapportageperiode uitgevoerde te rapporteren transacties, indien van toepassing:

a) de volledige naam van het soort te rapporteren cryptoactivum;

b) het totale brutobedrag dat is betaald, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot aankopen tegen fiduciaire valuta;

c) het totale brutobedrag dat is ontvangen, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot verkopen tegen fiduciaire valuta;

d) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot aankopen tegen andere te rapporteren cryptoactiva;

e) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot verkopen tegen andere te rapporteren cryptoactiva;

f) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren retailbetalingstransacties;

g) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties, en onderverdeeld naar soort overmaking indien bekend bij de rapporterende aanbieder

van cryptoactivadiensten, met betrekking tot overdrachten aan de te rapporteren gebruiker die niet onder a) en d) vallen;

h) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties, en onderverdeeld naar soort overmaking indien bekend bij de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten, met betrekking tot overdrachten door de te rapporteren gebruiker die niet onder c), e) en f) vallen; en

i) de totale reële marktwaarde en het totale aantal eenheden van overmakingen die door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten zijn uitgevoerd naar distributed-ledger-adressen als bedoeld in Verordening (EU) 2023/1114, waarvan niet bekend is dat zij verbonden zijn met een aanbieder van virtueleactivadiensten of een financiële instelling.

Voor de toepassing van 3°, b) en c), wordt het betaalde of ontvangen bedrag meegedeeld in de fiduciaire valuta waarin het is betaald of ontvangen. Indien de bedragen in meerdere fiduciaire valuta's zijn betaald of ontvangen, worden de bedragen meegedeeld in één fiduciaire valuta, die op het tijdstip van elke te rapporteren transactie wordt omgerekend op een wijze die door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten consequent wordt toegepast.

Voor de toepassing van 3°, d) en i), wordt de reële marktwaarde bepaald en meegedeeld in één fiduciaire valuta, die op het tijdstip van elke te rapporteren transactie wordt gewaardeerd op een wijze die door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten consequent wordt toegepast. In de verstrekte inlichtingen wordt gespecificeerd in welke fiduciaire valuta elk bedrag wordt gerapporteerd.

§ 4 – De verstrekking op grond van paragraaf 3 geschiedt met gebruikmaking van het geautomatiseerde standaardformulier bedoeld in artikel 20, lid 5, binnen negen maanden na het einde van het kalenderjaar waarop de op de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten toepasselijke rapportageverplichtingen betrekking hebben. De eerste inlichtingen worden verstrekt voor het betrokken kalenderjaar of een andere relevante rapportageperiode met ingang van 1 januari 2026.

§ 5 – Een exploitant van cryptoactiva is verplicht zich in de Unie te laten registreren. Een exploitant van cryptoactiva die een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten is als gedefinieerd in artikel 18.1, § 2, 3°, moet zich overeenkomstig artikel 18.2, § 6, laten registreren bij de bevoegde autoriteit van de lidstaat bepaald overeenkomstig artikel 18.3, § 1, 2°, a), b), c) of d), of artikel 18.3, § 2, vóór het einde van de termijn waarbinnen die exploitant van cryptoactiva de in artikel 18.4, § 2, bedoelde inlichtingen moet rapporteren. Indien een dergelijke exploitant van cryptoactiva in meer dan één lidstaat voldoet aan de voorwaarden van respectievelijk hetzij artikel 18.3, § 1, 2°, a), b), c) of d), hetzij artikel 18.3, § 2, laat hij zich overeenkomstig artikel 18.2, § 6, registreren bij de bevoegde autoriteit van een van die lidstaten, vóór het verstrijken van de termijn waarbinnen de exploitant van cryptoactiva de in artikel 18.3, § 2, bedoelde inlichtingen moet rapporteren.

Onverminderd het eerste lid laat een exploitant van cryptoactiva die een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten is als gedefinieerd in artikel 18.1, § 2, 3°, zich niet registreren bij de bevoegde autoriteit van een lidstaat waar die exploitant van cryptoactiva niet verplicht is de rapportage- en de due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 te vervullen overeenkomstig artikel 18.3, §§ 3, 4, 5, 6, 7 of 8, op grond van het feit dat die exploitant van cryptoactiva die vereisten in een andere lidstaat vervult.

De verplichting vermeld in het eerste lid is niet van toepassing op aanbieders van cryptoactivadiensten in de zin van artikel 18.1, § 2, 1°.

§ 6 – Indien een exploitant van cryptoactiva die een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten is, zich bij de bevoegde autoriteit laat registreren, geldt de volgende administratieve procedure voor de unieke registratie van de exploitant van cryptoactiva:

1° bij de registratie deelt de exploitant van cryptoactiva de bevoegde autoriteit de volgende informatie mee:

a) naam;

b) postadres;

c) elektronische adressen, met inbegrip van websites;

d) alle fiscale identificatienummers die aan hem zijn toegekend;

e) de lidstaten waarvan de te rapporteren gebruikers ingezetenen zijn in de zin van artikel 18.5, §§ 1 en 2;

f) elk gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied als bedoeld in artikel 18.3, §§ 3, 4, 5, 6, of 8;

2° de exploitant van cryptoactiva stelt de bevoegde autoriteit in kennis van alle wijzigingen van de inlichtingen die in het kader van 1° zijn verstrekt;

3° de bevoegde autoriteit kent een individueel identificatienummer toe aan de exploitant van cryptoactiva en deelt dit via elektronische weg mee aan de bevoegde autoriteiten van alle lidstaten;

4° de bevoegde autoriteit kan een exploitant van cryptoactiva uit het centraal register van exploitanten van cryptoactiva schrappen in de volgende gevallen:

a) de exploitant van cryptoactiva stelt de bevoegde autoriteit ervan in kennis dat hij niet langer te rapporteren gebruikers in de Unie heeft;

b) bij gebreke van een kennisgeving overeenkomstig a) zijn er redenen om te veronderstellen dat een exploitant van cryptoactiva zijn activiteiten heeft stopgezet;

c) de platformexploitant voldoet niet langer aan de voorwaarden van 1°;

d) de lidstaat heeft de registratie bij zijn bevoegde autoriteit ingetrokken op grond van 6°;

5° de bevoegde autoriteit stelt de Commissie onverwijld in kennis van elke exploitant van cryptoactiva in de zin van artikel 18.1, § 2, 2°, die te rapporteren gebruikers heeft die ingezetenen zijn van de Unie, maar nalaat zich overeenkomstig deze paragraaf te laten registreren. Indien een exploitant van cryptoactiva niet voldoet aan de verplichting tot registratie of indien zijn registratie is ingetrokken overeenkomstig 6°, neemt de bevoegde autoriteit, onverminderd artikel 45, doeltreffende, evenredige en afschrikkende maatregelen om de naleving in haar rechtsgebied te handhaven. Ze coördineert haar maatregelen voor het handhaven van de naleving met de andere lidstaten en kan in het uiterste geval verhinderen dat een exploitant van cryptoactiva binnen de Unie kan opereren;

6° indien een exploitant van cryptoactiva na twee aanmaningen door de bevoegde autoriteit van unieke registratie niet voldoet aan de rapportageverplichting overeenkomstig artikel 18.4, neemt die bevoegde autoriteit, onverminderd artikel 45, de nodige maatregelen om de registratie van de exploitant van cryptoactiva in te trekken. De registratie wordt uiterlijk na het verstrijken van negentig dagen, maar niet vóór het verstrijken van dertig dagen na de tweede aanmaning ingetrokken.

§ 7 – Een exploitant van cryptoactiva wiens registratie is ingetrokken overeenkomstig paragraaf 6, kan zich alleen opnieuw laten registreren indien hij aan de bevoegde autoriteit passende waarborgen verstrekt inzake zijn verbintenis om te voldoen aan de rapportageverplichtingen binnen de Unie, inclusief de rapportageverplichtingen die hij alsnog moet nakomen.

§ 8 – De Regering legt voorschriften en administratieve procedures vast met het oog op de doeltreffende uitvoering en naleving van de due-diligenceprocedures en de rapportageverplichtingen als omschreven in de artikelen 18.4 en 18.5, onder andere om voor het volgende te zorgen:

1° de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten handhaven de verzamelings- en verificatievereisten van artikel 18.4 bij hun gebruikers van cryptoactiva.

Indien een gebruiker van cryptoactiva de krachtens artikel 18.4 vereiste inlichtingen niet verstrekt na twee aanmaningen volgend op het initiële verzoek van de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten, maar niet voordat er zestig dagen zijn verstreken, verhindert de rapporterende

aanbieder van cryptoactivadiensten dat de gebruiker van cryptoactiva te rapporteren transacties verricht;

2° de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten houden registers bij van de stappen die zijn gezet en van eventuele inlichtingen die zijn gebruikt voor de uitvoering van de rapportageverplichtingen en due diligence-procedures beschreven in respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5. Die registers worden een voldoende lange tijd bewaard en in elk geval gedurende een periode van ten minste vijf en ten hoogste tien jaar volgend op het einde van de rapportageperiode waarin de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten verplicht zijn de inlichtingen te rapporteren waarvan de rapportage op grond van artikel 18.4 verplicht is;

3° aan rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten kan een rapportageverplichting worden opgelegd, om ervoor te zorgen dat alle noodzakelijke inlichtingen worden gerapporteerd aan de bevoegde autoriteit zodat die laatste in staat is haar verplichting om inlichtingen te verstrekken overeenkomstig paragraaf 3, na te leven;

4° de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten leven de rapportageverplichtingen en due diligence-procedures beschreven in respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 na;

5° wanneer onvolledige of onnauwkeurige inlichtingen gerapporteerd worden kan een vervolgcontrole van een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten uitgevoerd worden."

Art. 14 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 18.3 ingevoegd, luidende:

"*Art. 18.3 – Verplichtingen voor rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten*

§ 1 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten als gedefinieerd in artikel 18.1, § 2, 3°, is in een lidstaat onderworpen aan de rapportage- en due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5, indien hij:

1° een entiteit is waaraan een lidstaat overeenkomstig artikel 63 van Verordening (EU) 2023/1114 een vergunning heeft verleend of die na een kennisgeving aan een lidstaat overeenkomstig artikel 60 van Verordening (EU) 2023/1114 cryptoactivadiensten mag verlenen; of

2° geen entiteit is waaraan een lidstaat overeenkomstig artikel 63 van Verordening (EU) 2023/1114 een vergunning heeft verleend of die na een kennisgeving aan een lidstaat overeenkomstig artikel 60 van Verordening (EU) 2023/1114 cryptoactivadiensten mag verlenen, en die:

a) een entiteit of natuurlijke persoon is die een fiscaal ingezetene van een lidstaat is;

b) een entiteit is die:

- is opgericht of georganiseerd naar het recht van een lidstaat; en

- rechtspersoonlijkheid heeft in een lidstaat of verplicht is belastingaangiften te doen of aangiften met fiscale inlichtingen in te dienen bij de belastingautoriteiten van een lidstaat met betrekking tot de inkomsten van de entiteit;

c) een entiteit is die wordt beheerd vanuit een lidstaat; of

d) een entiteit of natuurlijke persoon is met een reguliere bedrijfszetel in een lidstaat.

§ 2 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten is in een lidstaat onderworpen aan de rapportage- en due diligence-verplichtingen in respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 met betrekking tot de te rapporteren transacties die zijn uitgevoerd via een bijkantoor dat in een lidstaat is gevestigd.

§ 3 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die een entiteit is, is niet verplicht in een lidstaat de rapportage- en due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 te vervullen waaraan hij krachtens § 1, 2°, b), c) of d), is onderworpen, indien die rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die verplichtingen in een andere lidstaat of in een ander gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied vervult omdat hij in die lidstaat of dat gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied zijn fiscale woon- of vestigingsplaats heeft.

§ 4 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die een entiteit is, is niet verplicht in een lidstaat de rapportage- en due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en

artikel 18.5 te vervullen waaraan hij krachtens § 1, 2°, c) of d), is onderworpen, indien die rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die verplichtingen in een andere lidstaat of in een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied vervult omdat het een entiteit betreft die:

a) naar het recht van die lidstaat of dat gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied is opgericht of georganiseerd; en

b) in die andere lidstaat of in dat gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied rechtspersoonlijkheid heeft, dan wel verplicht is belastingaangiften te doen of aangiften met fiscale inlichtingen in te dienen bij de belastingautoriteiten van die andere lidstaat of dat gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied met betrekking tot de inkomsten van de entiteit.

§ 5 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die een entiteit is, is niet verplicht in een lidstaat de rapportage- en due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 te vervullen waaraan hij krachtens § 1, 2°, d), is onderworpen, indien die rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die verplichtingen vervult in een andere lidstaat of een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied omdat de feitelijke leiding vanuit die lidstaat of dat gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied wordt uitgeoefend.

§ 6 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die een natuurlijke persoon is, is niet verplicht in een lidstaat de rapportage- en due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 te vervullen waaraan hij krachtens § 1, 2°, d), is onderworpen, indien die rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die verplichtingen in een andere lidstaat of in een ander gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied vervult omdat hij in die lidstaat of dat gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied zijn fiscale woonplaats heeft.

§ 7 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten is niet verplicht in een lidstaat de rapportage- en due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 te vervullen waaraan hij krachtens § 1, 2°, a), b), c) of d), is onderworpen, indien hij bij een lidstaat een kennisgeving in een door die lidstaat gespecificeerd formaat heeft ingediend waarin bevestigd wordt dat de betreffende rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten die verplichtingen vervult volgens de regels van een andere lidstaat of gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied op grond van criteria die in wezen vergelijkbaar zijn met § 1, 2°, a), b), c) of d).

§ 8 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten is niet verplicht in een lidstaat de rapportage- en due diligence-verplichtingen van respectievelijk artikel 18.4 en artikel 18.5 te vervullen met betrekking tot te rapporteren transacties die hij via een bijkantoor in een andere lidstaat of gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied uitvoert, indien dat bijkantoor die verplichtingen vervult in die lidstaat of dat gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied."

Art. 15 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 18.4 ingevoegd, luidende:

"*Art. 18.4 – Rapportageverplichtingen*

§ 1 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten in de zin van artikel 18.3, §§ 1 en 2, rapporteert de in paragraaf 2 van dit artikel bedoelde inlichtingen aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan hij overeenkomstig artikel 18.3 aan rapportageverplichtingen is onderworpen.

§ 2 – Voor elk betrokken kalenderjaar of elke andere relevante rapportageperiode, en met inachtneming van de verplichtingen van de rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten in artikel 18.3 en de due diligence-procedures in artikel 18.5, rapporteert een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten de volgende inlichtingen met betrekking tot zijn gebruikers van cryptoactiva die hetzij te rapporteren gebruikers zijn, hetzij te rapporteren personen als uiteindelijk belanghebbenden hebben:

1° de naam, het adres, de lidstaat/lidstaten van verblijf, het fiscaal identificatienummer / de fiscale identificatienummers en, in het geval van een natuurlijke persoon, de geboortedatum en -plaats van

elke te rapporteren gebruiker en, in het geval van een entiteit waarvan, na toepassing van de due diligence-procedures in artikel 18.5, wordt vastgesteld dat zij een of meer te rapporteren personen als uiteindelijk belanghebbenden heeft, de naam, het adres, de lidstaat/lidstaten van verblijf en het fiscaal identificatienummer / de fiscale identificatienummers van de entiteit en de naam, het adres, de lidstaat/lidstaten van verblijf, het fiscaal identificatienummer / de fiscale identificatienummers en de geboortedatum en -plaats van elke uiteindelijk belanghebbende van de entiteit die een te rapporteren persoon is, alsmede de rol(len) op grond waarvan elk van die te rapporteren personen een uiteindelijk belanghebbende van de entiteit is.

Niettegenstaande het bepaalde in 1°, eerste lid, omvatten, indien de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten rapporteert aan een bevoegde autoriteit die een identificatiedienst gebruikt en voor de directe bevestiging van de identiteit en alle fiscale woonplaatsen van de te rapporteren persoon een beroep doet op een door een lidstaat of de Unie ter beschikking gestelde identificatiedienst, de te rapporteren inlichtingen met betrekking tot de te rapporteren persoon de naam, de identificatiecode(s) van de identificatiedienst en de lidstaat/lidstaten van afgifte, alsmede de rol(en) op grond waarvan elke te rapporteren persoon een uiteindelijk belanghebbende van de entiteit is;

2° de naam, het adres, het fiscaal identificatienummer en, indien beschikbaar, het in artikel 18.2, § 6, 3°, zevende lid, bedoelde individuele identificatienummer en de mondiale identificatiecode voor juridische entiteiten van de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten;

3° voor elk soort te rapporteren cryptoactivum dat deel uitmaakt van door de rapporterende aanbieder van cryptoactiva gedurende het betrokken kalenderjaar of een andere relevante rapportageperiode uitgevoerde te rapporteren transacties, indien van toepassing:

a) de volledige naam van het soort te rapporteren cryptoactivum;

b) het totale brutobedrag dat is betaald, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot aankopen tegen fiduciaire valuta;

c) het totale brutobedrag dat is ontvangen, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot verkopen tegen fiduciaire valuta;

d) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot aankopen tegen andere te rapporteren cryptoactiva;

e) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties met betrekking tot verkopen tegen andere te rapporteren cryptoactiva;

f) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren retailbetalingstransacties;

g) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties, en onderverdeeld naar soort overmaking indien bekend bij de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten, met betrekking tot overdrachten aan de te rapporteren gebruiker die niet onder b) en d) vallen;

h) de totale reële marktwaarde, het totale aantal eenheden en het aantal te rapporteren transacties, en onderverdeeld naar soort overmaking indien bekend bij de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten, met betrekking tot overdrachten door de te rapporteren gebruiker die niet onder c), e) en f) vallen; en

i) de totale reële marktwaarde en het totale aantal eenheden van overdrachten die door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten naar in Verordening (EU) 2023/1114 bedoelde distributed-ledger-adressen zijn uitgevoerd, waarvan niet bekend is dat zij verbonden zijn met een aanbieder van virtueleactivadiensten of een financiële instelling. Voor de toepassing van artikel 18, § 2, b) en c), wordt het betaalde of ontvangen bedrag gerapporteerd in de fiduciaire valuta waarin het is betaald of ontvangen. Indien de bedragen in meerdere fiduciaire valuta's zijn betaald of ontvangen, worden de bedragen gerapporteerd in één valuta, die op het tijdstip van elke te rapporteren transactie wordt omgerekend op een wijze die door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten consequent wordt toegepast. Voor de toepassing van 3°, d) tot en met i), wordt de reële marktwaarde bepaald en gerapporteerd in één valuta, die op het tijdstip van elke te rapporteren transactie wordt

gewaardeerd op een wijze die door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten consequent wordt toegepast. In de gerapporteerde inlichtingen wordt vermeld in welke fiduciaire valuta elk bedrag is gerapporteerd.

§ 3 – Niettegenstaande het bepaalde in § 2, 1°, hoeft de geboorteplaats niet te worden gerapporteerd, tenzij de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten op grond van het nationale recht anderszins verplicht is dat gegeven te verkrijgen en te rapporteren.

§ 4 – De in paragraaf 2 genoemde inlichtingen worden jaarlijks gerapporteerd in het kalenderjaar volgend op het jaar waarop de inlichtingen betrekking hebben. De eerste inlichtingen worden gerapporteerd voor het betrokken kalenderjaar of een andere relevante rapportageperiode met ingang van 1 januari 2026.

§ 5 – Niettegenstaande het bepaalde in de paragrafen 1 en 4 mag een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten in de zin van artikel 18.3, § 1, 2°, a), b), c) of d), niet worden verplicht de in paragraaf 2 van dit artikel bedoelde informatie te verstrekken met betrekking tot een te rapporteren gebruiker of uiteindelijk belanghebbende voor wie de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten de rapportage voltooit van dergelijke inlichtingen in een niet-Unierechtsgebied dat onder een van kracht zijnde adequate overeenkomst tussen de bevoegde autoriteiten met de lidstaat van verblijf van die te rapporteren gebruiker of uiteindelijk belanghebbende valt."

Art. 16 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 18.5 ingevoegd, luidende:
"*Artikel 18.5 – Due diligence-verplichtingen*

§ 1 – Een gebruiker van cryptoactiva wordt behandeld als een te rapporteren gebruiker vanaf de datum waarop hij als zodanig is geïdentificeerd op grond van de in dit deel beschreven due diligence-procedures.

§ 2 – De procedures vermeld in het tweede en derde lid zijn van toepassing om te bepalen of een gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is, een te rapporteren gebruiker is.

Bij het aangaan van de relatie met de gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is, of met betrekking tot bestaande gebruikers van cryptoactiva die een natuurlijke persoon zijn uiterlijk op 1 januari 2027, verkrijgt de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten een eigen verklaring op basis waarvan de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten de fiscale woonplaats(en) van de gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is, kan bepalen en de redelijkheid van die eigen verklaring kan bevestigen op basis van de door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten verkregen inlichtingen, met inbegrip van alle documentatie die is verzameld in het kader van due diligence-procedures voor klanten.

Indien zich op enig moment een verandering voordoet in de omstandigheden met betrekking tot een gebruiker van cryptoactiva die een natuurlijke persoon is waardoor de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten weet of redenen heeft om te weten dat de oorspronkelijke eigen verklaring onjuist of onbetrouwbaar is, kan de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten zich niet beroepen op de oorspronkelijke eigen verklaring en moet hij een geldige eigen verklaring of een redelijke verklaring en, in voorkomend geval, documentatie ter staving van de geldigheid van de oorspronkelijke eigen verklaring verkrijgen.

§ 3 – De due diligence-procedures vermeld in het tweede tot en met vierde lid zijn van toepassing om te bepalen of een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, een te rapporteren gebruiker is of een entiteit die geen uitgesloten persoon of een actieve entiteit is, met een of meer uiteindelijk belanghebbenden die een te rapporteren persoon zijn.

Voor de vaststelling of de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, een te rapporteren persoon is, geldt het volgende:

1° bij het aangaan van de relatie met de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, of met betrekking tot bestaande gebruikers van cryptoactiva die een entiteit zijn uiterlijk op 1 januari 2027, verkrijgt de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten een eigen verklaring op basis waarvan de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten de fiscale woonplaats(en) van de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, kan bepalen en de redelijkheid van een dergelijke eigen verklaring kan bevestigen op basis van de door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten verkregen inlichtingen, met inbegrip van alle documentatie die is verzameld in het kader van due diligence-procedures voor klanten. Indien de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, verklaart dat hij geen fiscale woonplaats heeft, kan de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten zich baseren op de plaats waar de feitelijke leiding zich bevindt of op het adres van het hoofdkantoor om de woonplaats te bepalen van de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is;

2° indien uit de eigen verklaring blijkt dat de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, een ingezetene van een lidstaat is, behandelt de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, als een te rapporteren gebruiker, tenzij hij redelijkerwijs op basis van de eigen verklaring of op basis van inlichtingen waarover hij beschikt of die openbaar beschikbaar zijn, vaststelt dat de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, een uitgesloten persoon is.

Voor de vaststelling of de entiteit een of meer uiteindelijk belanghebbenden heeft die te rapporteren personen zijn. Met betrekking tot een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, die geen uitgesloten persoon is, bepaalt de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten of deze een of meer uiteindelijk belanghebbenden heeft die te rapporteren personen zijn, tenzij hij op basis van een eigen verklaring van de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, vaststelt dat de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, een actieve entiteit is. Daarbij geldt het volgende:

1° vaststelling van de uiteindelijk belanghebbenden van de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is. Voor het vaststellen van de uiteindelijk belanghebbenden van de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, kan een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten zich baseren op de inlichtingen die zijn verzameld en worden bijgehouden op grond van de due diligence-procedures voor klanten, op voorwaarde dat die procedures stroken met Richtlijn (EU) 2015/849. Indien de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten niet wettelijk verplicht is due diligence-procedures voor klanten toe te passen die stroken met Richtlijn (EU) 2015/849, past hij voor het bepalen van de uiteindelijk belanghebbenden in wezen soortgelijke procedures toe;

2° vaststelling of de uiteindelijk belanghebbende van een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, een te rapporteren persoon is. Voor het vaststellen of een uiteindelijk belanghebbende een te rapporteren persoon is, baseert een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten zich op een eigen verklaring van de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is of van de uiteindelijk belanghebbende op basis waarvan de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten de fiscale woonplaats(en) van de uiteindelijk belanghebbende kan bepalen en de redelijkheid van die eigen verklaring kan bevestigen op basis van de door de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten verkregen inlichtingen, met inbegrip van alle documentatie die is verzameld in het kader van due diligence-procedures voor klanten.

Indien zich op enig moment een verandering voordoet in de omstandigheden met betrekking tot een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is of tot zijn uiteindelijke belanghebbenden waardoor de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten weet of redenen heeft om te weten dat de oorspronkelijke eigen verklaring onjuist of onbetrouwbaar is, kan de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten zich niet beroepen op de oorspronkelijke eigen verklaring en moet hij een geldige eigen verklaring of een redelijke verklaring en, in voorkomend geval, documentatie ter staving van de geldigheid van de oorspronkelijke eigen verklaring verkrijgen.

§ 4 – Voor de geldigheid van eigen verklaringen gelden de volgende eisen:

1° een eigen verklaring die wordt verstrekt door een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is of door een uiteindelijk belanghebbende is alleen geldig als zij door de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is of de uiteindelijk belanghebbende is ondertekend of anderszins is bevestigd, uiterlijk op de datum van ontvangst is gedateerd en de volgende inlichtingen bevat over de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is of de uiteindelijk belanghebbende:

a) voor- en achternaam;

b) woonadres;

c) lidstaat/lidstaten van fiscale woonplaats;

d) voor elke te rapporteren persoon, het fiscaal identificatienummer voor elke lidstaat;

e) geboortedatum;

2° een eigen verklaring die wordt verstrekt door een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, is alleen geldig als zij door de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, is ondertekend of anderszins is bevestigd, uiterlijk op de datum van ontvangst is gedateerd en de volgende inlichtingen bevat over de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is:

a) officiële naam;

b) adres;

c) lidstaat/lidstaten van fiscale woonplaats;

d) voor elke te rapporteren persoon, het fiscale identificatienummer voor elke lidstaat;

e) in het geval van een gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is die geen actieve entiteit of een uitgesloten persoon is, de in § 3, tweede lid, beschreven inlichtingen met betrekking tot elke uiteindelijk belanghebbende van de gebruiker van cryptoactiva die een entiteit is, tenzij die uiteindelijk belanghebbende een eigen verklaring heeft verstrekt overeenkomstig § 3, tweede lid, alsmede de rol(len) op grond waarvan elke te rapporteren gebruiker een uiteindelijk belanghebbende van de entiteit is, voor zover dit nog niet is vastgesteld op basis van due diligence-procedures voor klanten;

f) indien van toepassing, inlichtingen over de criteria waaraan hij voldoet om als actieve entiteit of als uitgesloten persoon te worden behandeld.

§ 5 – Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten heeft de volgende due diligence-verplichtingen:

1° indien hij voor de toepassing van Richtlijn 2011/16/EU decreet ook een financiële instelling is, kan hij zich voor de due diligence-procedures uit hoofde van dit artikel beroepen op de krachtens bijlage I, delen IV en VI, van Richtlijn 2011/16/EU voltooide due diligence-procedures. Een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten kan zich ook baseren op een eigen verklaring die reeds voor andere fiscale doeleinden is verzameld, mits die eigen verklaring voldoet aan de vereisten van paragraaf 3;

2° een rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten kan een beroep doen op een derde partij om de due diligence-verplichtingen van dit deel te vervullen, die verplichtingen blijven evenwel de verantwoordelijkheid van de rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten."

Art. 17 – In artikel 29 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, wordt bepaling onder 1° aangevuld met de woorden ", douanerechten, de bestrijding van het witwassen van geld en van de financiering van terrorisme";

2° paragraaf 2 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Wanneer de bevoegde autoriteit inlichtingen en documenten ontvangt, kan ze de ontvangen inlichtingen en documenten zonder de in het eerste lid bedoelde toestemming ook gebruiken voor elk doel dat onder een op artikel 215 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie gebaseerde handeling valt en deze daartoe delen met de bevoegde autoriteit die verantwoordelijk is voor beperkende maatregelen in de betrokken lidstaat.";

3° in paragraaf 3 wordt het woord "tien" vervangen door het getal "15".

Art. 18 – In artikel 30 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een nieuw tweede lid ingevoegd, luidende:

"Wanneer de bevoegde autoriteit inlichtingen en documenten ontvangt, kan ze de ontvangen inlichtingen en documenten zonder de in het eerste lid bedoelde toestemming ook gebruiken voor elk doel dat onder een op artikel 215 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie gebaseerde handeling valt en deze daartoe delen met de bevoegde autoriteit die verantwoordelijk is voor beperkende maatregelen in de betrokken lidstaat.";

2° in het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt het woord "tien" vervangen door het getal "15".

Art. 19 – Artikel 33 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een vierde tot zesde lid, luidende:

"De gegevens die via automatische uitwisseling van inlichtingen overeenkomstig de artikelen 12 tot en met 16.1 en artikel 18.2 ontvangen worden, worden niet langer dan nodig bewaard, maar in geen geval korter dan vijf jaar na de datum van ontvangst ervan om de doelstellingen van dit decreet te verwezenlijken.

De rapporterende entiteiten kunnen langs elektronische weg bevestiging verkrijgen van de geldigheid van de inlichtingen met betrekking tot het fiscaal identificatienummer van elke belastingplichtige die op grond van de artikelen 12 tot en met 16.1 en artikel 18.2 onder uitwisseling van inlichtingen vallen. De bevestiging van inlichtingen met betrekking tot het fiscaal identificatienummer kan alleen worden gevraagd met het oog op de validering van de juistheid van de gegevens bedoeld in artikel 12, eerste lid, artikel 13, § 5, artikel 16, § 2, en artikel 18.2, § 3.

De Regering legt de regels vast om het gebruik van inlichtingen die zijn verkregen door rapportage of uitwisseling van inlichtingen uit hoofde van de artikelen 12 tot en met 16.1 en artikel 18.2, §§ 1 tot en met 6, te waarborgen."

Art. 20 – Artikel 39, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"De intermediairs, rapporterende platformexploitanten, rapporterende aanbieders van cryptoactivadiensten en de bevoegde autoriteiten worden beschouwd als verwerkingsverantwoordelijken, die alleen of gezamenlijk optreden."

Art. 21 – In artikel 40, § 4, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "of elke rapporterende platformexploitant" vervangen door de woorden ", elke rapporterende platformexploitant of elke rapporterende aanbieder van cryptoactivadiensten".

Art. 22 – Hoofdstuk 7 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 45.1, luidende:

"Art. 45.1 – Rapportage en verstrekking van het fiscaal identificatienummer

§ 1 – Het door de lidstaat van verblijf afgegeven fiscaal identificatienummer van gerapporteerde natuurlijke personen of entiteiten moet door de rapporterende entiteit of rapporterende persoon worden gerapporteerd en door de bevoegde autoriteit worden verstrekt, wanneer dat uitdrukkelijk vereist is op grond van en krachtens de artikelen van en de bijlagen bij dit decreet.

§ 2 – Voor belastingtijdvakken die ingaan op of na 1 januari 2030 moet het door de lidstaat van verblijf afgegeven fiscaal identificatienummer van ingezetenen worden gerapporteerd, indien mogelijk, met betrekking tot de in artikel 12, eerste lid, 1°, 2° en 4°, bedoelde inlichtingen, voor zover het gaat om inkomsten- en vermogenscategorieën waarover zelfs bij gebreke van een fiscaal identificatienummer inlichtingen zouden zijn verstrekt.

§ 3 – Voor belastingtijdvakken die ingaan op of na 1 januari 2028 moet het door de lidstaat van verblijf afgegeven fiscaal identificatienummer van personen en entiteiten worden gerapporteerd, indien mogelijk, met betrekking tot de inlichtingen bedoeld in artikel 13, § 5, 1° en 9°.

§ 4 – Voor belastingtijdvakken die ingaan op of na 1 januari 2028 vermeldt de bevoegde autoriteit, indien ze dat heeft verkregen, het door de lidstaat van verblijf afgegeven fiscaal identificatienummer van personen en entiteiten, bij de verstrekking van de inlichtingen bedoeld in artikel 13, § 5, 1° en 9°."

Art. 23 – Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2026.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

Concordantietabellen

Bepalingen van Richtlijn (EU) 2023/2226	**Bepalingen van het wijzigingsdecreet**
Art. 1, lid 1, a), i)	Art. 3
Art. 1, lid 1, a), ii)	Art. 3
Art. 1, lid 1, a), iii)	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 1, b)	Art. 3
Art. 1, lid 1, c)	Art. 3
Art. 1, lid 2, a)	Art. 4
Art. 1, lid 2, b)	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 2, c)	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 3, a)	Art. 5
Art. 1, lid 3, b), i)	Art. 5
Art. 1, lid 3, b), ii)	Art. 5
Art. 1, lid 4, a)	Art. 6
Art. 1, lid 4, b,) i)	Art. 6
Art. 1, lid 4, b), ii)	Art. 6
Art. 1, lid 5	Art. 8
Art. 1, lid 6	Art. 13
Art. 1, lid 7, a)	Art. 17
Art. 1, lid 7, b)	Art. 17 Art. 18
Art. 1, lid 7, c)	Art. 17 Art. 18
Art. 1, lid 8	Art. 19
Art. 1, lid 9	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 10	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 11	Art. 19
Art. 1, lid 12	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 13, a)	Art. 20
Art. 1, lid 13, b)	Art. 21
Art. 1, lid 14	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 15	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 16	Art. 22
Art. 1, lid 17	Behoeft geen omzetting
Art. 1, lid 18 > zie bijlage II	Art. 7, 9 en 10
Art. 1, lid 19 > zie bijlage III	Art. 11 tot 16
Art. 2, lid 1	Art. 1
Art. 2, lid 1, tweede alinea	Art. 23
Art. 2, lid 3	Behoeft geen omzetting
Art. 2, lid 4	Behoeft geen omzetting
Art. 3	Behoeft geen omzetting
Art. 4	Behoeft geen omzetting

Bijlage I	Behoeft geen omzetting
Bijlage II, lid 1	Art. 7
Bijlage II, lid 2	Art. 9
Bijlage II, lid 3	Art. 10
Bijlage II, lid 4	Behoeft geen omzetting
Bijlage III, deel I	Art. 14
Bijlage III, deel II	Art. 15
Bijlage III, deel III	Art. 16
Bijlage III, deel IV	Art. 3, 4 en 112
Bijlage III, deel V	Art. 13

Dit decreet	**Richtlijn (EU) 2023/2226**
Art. 1	Art. 2, lid 1
Art. 2	Art. 2, lid 1
Art. 3	Art. 1, lid 1, en bijlage VI, deel IV, onderdeel F, punt 7
Art. 4	Art. 1, lid 2
Art. 5	Art. 1, lid 3
Art. 6	Art. 1, lid 4
Art. 7	Art. 1, lid 18 – Bijlage II, punt 1
Art. 8	Art. 1, lid 5
Art. 9	Art. 1, lid 18 – Bijlage II, punt 2
Art. 10	Art. 1, lid 18 – Bijlage II, punt 3
Art. 11	Art. 1, lid 6, en art. 1, lid 19 - Bijlage III (opschrift)
Art. 12	Art. 1, lid 19 – Bijlage III, deel IV
Art. 13	Art. 1, lid 6, en art. 1, lid 19 - Bijlage III, deel V
Art. 14	Art. 1, lid 19 – Bijlage III, deel I
Art. 15	Art. 1, lid 19 – Bijlage III, deel II
Art. 16	Art. 1, lid 19 – Bijlage III, deel III
Art. 17	Art. 1, lid 7
Art. 18	Art. 1, lid 7
Art. 19	Art. 1, lid 8, en art. 1, lid 11
Art. 20	Art. 1, lid 13, a)
Art. 21	Art. 1, lid 13, b)
Art. 22	Art. 1, lid 16
Art. 23	Art. 2, lid 1, tweede alinea